:antifaschistische nachrichten

Nr. 23

g 3336 16.11.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de



BERLIN. Am 18. November 2006 wollen wieder weit über 1000 Nazis im Brandenburgischen Dörfchen Halbe aufmarschieren, um die dort begrabenen Soldaten aus Wehrmacht und Waffen-SS mit einem sogenannten „Heldengedenken“ zu ehren. Vielfältige Proteste sind bereits angekündigt. Das Berlin-Brandenburger Bündnis „NS-Verherrlichung-stoppen!“ wird einen antifaschistischen Aktionstag in Halbe organisieren und will mit Informationsständen, Essen und Getränken sowie einer eigenen Bühne ab zehn Uhr vor Ort sein. Das Bühnenprogramm bietet neben dem Auftritt zweier Bands Gespräche mit ZeitzeugInnen, Informationen über rechte Strukturen und antifaschistischen Widerstand. Sie schreiben: „Auch wenn es mit der jüngst verabschiedeten „Lex Halbe“ den Neonazis nicht gestattet sein wird, bis zum Friedhof aufzumarschieren, ist es notwendig, ihnen antifaschistischen Protest entgegenzusetzen. Verschiedentlich sind in der Vergangenheit Verbote gegen neonazistische Parteien oder Aufmärsche angestrengt worden. Sehr oft sind sie fehlgeschlagen, manchmal waren sie nützlich. Diese Gesetze konnten jedoch nie die alten und neuen Nazis wirklich stoppen. Weder ihre menschenverachtende Propaganda, noch die Morde und Anschläge. Gegen Faschismus hilft unserer Meinung nach nur antifaschistischer Widerstand. Nur mit einem solidarischen Miteinander verschiedener Formen des Protestes wird es gelingen, die Nazis endgültig aus Halbe fernzuhalten. Es ist für uns nicht erträglich, dass es möglich ist, dem Nationalsozialismus so direkt zu huldigen, wie Alt- und Neonazis es alljährlich in Halbe tun. Wir wollen diesem Spuk ein Ende setzen.“

Antifaschistisches Bündnis „NS-Verherrlichung stoppen!“ ■



Ein voller Erfolg

Bremen. Am 4. November hatte die NPD zu einer „Großkundgebung“ im Bremer Westen aufgerufen. Das Spektrum der Gegendemonstranten ging vom „Schwarzen Block“ über Bewohner des Bremer Westens bis hin zur CDU – und das war auch gut so. Es waren viele mit Migrationshintergrund, jüngere und ältere Menschen, zum Teil ganze Familien mit dabei. Die Zahlen schwanken zwischen 3.500 (Polizei) und 10.000 (Veranstalter) Teilnehmern. Es war eine sehr gute Beteiligung – zumal der Wetterbericht nicht viel Gutes verhieß. Petrus hatte ein Einsehen mit uns Aufrechten.



Der Schutz der circa 70 NPD-Anhänger durch die 2.500 Polizisten hat fast eine Million Euro gekostet. Da fragt man sich, ob es nicht besser gewesen wäre, einfach auf den Einsatz zu verzichten. Dann hätte sich auch der armselige Nazihaufen die teure Fahrt sparen können. Dass sie restlos frustriert waren, konnte man in „buten und binnen“ (b&b) klar sehen. Die abziehenden Faschos fühlten sich bei der Frage nach dem Erfolg dermaßen ans „Bein gepinkelt“, dass sie vor laufender Kamera auf die Mikrofone der Reporter losgingen. In ihrer restlosen Enttäuschung wussten sie sich nicht anders zu helfen, als dass sie nachts die Scheibe des VVN-Büros wieder mit einem Gullydeckel attackiert haben. In der Nacht vom 10. auf den 11. Oktober warfen unbekannte Neonazis die Scheibe schon einmal mit einem Gullydeckel ein. Gut, dass dies vorausgeahnt wurde und die Reparatur auf nach dem 4.11. geschoben wurde. Bereits im Jahr 2000 fand sich solch ein gusseisernes Teil im Büro der Bremer VVN-BdA.

Die Gegendemo lief fast störungsfrei. Sehen konnte man nur die Greifattacken der Uniformierten. In der Tagesschau, wie in b&b, war allerdings die brutale Vorgehensweise der martialisch ausgerüsteten Polizei zu sehen. Der dort gezeigte „Delinquent“ hatte die Hände deutlich vor sich und wehrte sich nicht, trotz allem wurde ihm der Kopf verdreht. Es handelte sich um einen so genannten „Genickbruchgriff“. Schon die kleinste falsche Bewegung hätte es dem Demonstrationsteilnehmer das Leben kosten können. Die von der Polizei mitgeführten Hunde (ohne Maulkorb!) haben mehrere Teilnehmer gebissen; wie andere Demonstranten berichteten, waren es gezielte Aktionen. Einer der beiden Lautsprecherwagen wurde außer Gefecht gesetzt.

Nach der Demonstration wurden gut 100 abziehende meist junge Leute über Stunden eingekesselt, aber von Anwohnern mit Tee und Gebäck versorgt.

Doch eines ist klar, ohne den „Schwarzen Block“, der die Polizistenreihen an der Grasberger Straße friedlich „überrannte“, wäre die Gegenaktion nie so weit vorgedrungen.

In den Reihen der Nazis gab es mehrere Verhaftete wegen Tragens verfassungsfeindlicher Symbole bzw. deren Zeigen. Es gab sieben Festnahmen und ca. 200 so genannte Ingewahrsamnahmen. Wie viele davon auf den Seiten der NPD zu verzeichnen sind, ist nicht bekannt.

Auf den Internetseiten hadert die Bremer NPD wegen „rechtswidrigen Behinderungen von nationalen Demonstrationsteilnehmern“ und „Schikanen der Polizei gegenüber Demonstrationsteilnehmern“. In Reden langweilten sich die Teilnehmer selbst, kündigen „ein juristisches Nachspiel“ an und „drohen“, bald wieder mit einer Handvoll aufmarschieren zu wollen. Sie werden wieder nicht weit kommen und sich aufs Heftigste blamieren.

Gerold Fleßner ■

SPD-Ausschluss bestätigt

MÜNCHEN. Sascha Jung, in den 90er Jahren für den nationalistischen „Hofgeismarer Kreis“ rechter Jusos aktiv, ist nicht mehr Mitglied der SPD. Das Amtsgericht Berlin-Tempelhof wies die Klage des Burschenschafters gegen den Ausschluss ab. Die SPD hatte im Frühjahr beschlossen, dass die Mitgliedschaft in der Partei mit der in Verbindungen der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“ unvereinbar ist. Jung, Mitglied der Münchner „Burschenschaft Danubia“, kündigte an, Berufung gegen das Urteil einlegen zu wollen. *hma* ■

Gesiebte Luft für Mahler

BERLIN. Horst Mahler, zeitweise auch mal Mitglied der NPD, muss für neun Monate ins Gefängnis. Mahler war bereits Anfang vergangenen Jahres vom Berliner Landgericht wegen Volksverhetzung und antisemitischer Hetze verurteilt worden. Er hatte es gebilligt, dass im September 2002 in Räumen der NPD in Berlin eine antisemitische Hetzschrift verteilt wurde. Gegen das Urteil hatte Mahler Revision eingelegt. Diese wurde jetzt vom Bundesgerichtshof verworfen. *hma* ■

Zurück zum Latein

STUTTGART. Die Anhänger des 1991 verstorbenen fundamentalistischen Erzbischofs Marcel Lefebvre haben eine Kampagne für den alten, lateinischen Mess-Ritus gestartet. Die „Priesterbruderschaft St. Pius X.“ will allen 16100 Priestern des Landes einen DVD-Film mit dem Titel „Die Zelebration der lateinischen Messe“ anbieten. In einem offenen Brief wurden darüber auch die katholischen Bischöfe informiert. Dort hält man sich zu diesem Ansinnen bedeckt. Unterdessen kündigen die Priesterbrüder erste Erfolge an. Als Reaktion auf die Aussendung des Briefes an die ersten 6800 Adressaten seien bereits 1100 DVD-Filme von – begeisterten – Priestern und Seminaristen bestellt worden.

„Der Damm ist gebrochen“, heißt es im aktuellen „Mitteilungsblatt“ der christlich-fundamentalistischen Vereinigung. „Die Rückkehr des überlieferten Ritus auf breiter Ebene ist nur noch eine Frage der Zeit“. *hma* ■

„Weltjugendtag“ als Sprungbrett

BERGHEIM/BAD SALZUFLEN. Der katholische „Weltjugendtag“ im vergangenen Jahr war auch der Start eines neuen Zeitschriftenprojektes. Über 100 000 Exemplare der neuen Zeitschrift mit dem Titel „Vers 1“ wurden während des katholischen Events verteilt. Die Werbung scheint erfolgreich gewesen zu sein.

80 000 Exemplare der Zeitschrift, deren Name sich auf Johannes I, Vers 1 „Am Anfang war das Wort“ bezieht, wandern derzeit monatlich in den Zeitschriftenhandel. Erstellt wird die Zeitschrift, so die Webseite der Redaktion mit Sitz in Bergheim bei Köln, von einem Team „aus jungen Katholiken, Protestanten und Freikirchlern“ um Chefredakteurin Birgit Kelle.

Beiträge erschienen dort bislang von konservativen „Lebensschützern“ wie Christa Meves, Hubert Hüppe (CDU-MdB) und Rainer Beckmann sowie dem IGFM-Aktivisten Martin Lessenthin. Interviewpartner waren u.a. der italienische Kulturminister Rocco Buttiglione, Peter Gauweiler (CSU-MdB) und Mechthild Löhr. Letztere ist Bundesvorsitzende der „Christdemokraten für das Leben“ (CDL) und Chefin einer „Personal- und Unternehmensberatung“ in Königstein, die jüngst noch den „Opus Dei“-Mann Stephan Georg Schmidt für den Posten als Chefredakteur der „Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln“ vorschlug.

Verlinkt ist die Webseite der Zeitschrift, die mit einer Kampagne gegen die Ausstrahlung der satirischen Comic-Film-Reihe „Popetown“ bekannt wurde, u.a. mit zahlreichen „Lebensschützer“-Gruppen aus dem In- und Ausland, „Radio Horeb“ und „Radio Vatikan“, der Zeitschrift „Idea“, der „IGFM“, dem rechtskonservativen „Arbeitskreis christlicher Publizisten“ (ACP) und dem Weblog „Politically Incorrect“. Als „die drei wichtigsten Bücher des Jahres“ werden auf der Webseite Texte von Prof. Dr. Günter Rohrmoser, Eva Herman und Henryk M. Broder angeboten.

Als Kunden im Visier hat die Zeitschrift ein junges Publikum zwischen 19 und 39 Jahre, „das eine positive Beziehung zum christlichen Glauben hat“. Auch Angestellte und Aktive der beiden Amtskirchen und die Freikirchen will man erreichen.

Herausgeber der Zeitschrift ist die „Camerlengo Medien GmbH“ in Bad Salzuflen (Geschäftsführung: Birgit Kelle), die mit „ihren Aktivitäten und Produkten christliche Themen und Sichtweisen in die breite bundesrepublikanische Öffentlichkeit“ bringen will.

So wird angestrebt, die Zeitschrift „Vers 1“ mittel-fristig zu einer „wöchentlich erscheinenden Zeitung“ mit mehr als 100 000 LeserInnen pro Ausgabe zu entwickeln.Geplant ist ebenso eine Beteiligung an christlichen Medien im elektronischen Bereich, der Start eines eigenen Vers 1-Webradios und die Herausgabe von mindestens zwei Buchtiteln im Jahr. *hma* ■

Anti-Nazi-Aktion keine Straftat

Stade. Die Staatsanwaltschaft Stade hat das so genannte „Hakenkreuz-Verfahren“ eingestellt. Die Grüne Jugend und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) hatten am 9. September – einen Tag vor der Kommunalwahl – mit Plakaten gegen einen NPD-Stand am Fischmarkt in Stade demonstriert.

Dass die Polizei die Plakate mit Anti-Nazi-Symbolen beschlagnahmte, stieß bundesweit auf Kritik – auch die Bundesvorsitzende der Grünen, Claudia Roth, schaltete sich ein. Teilnehmern der Protestaktion drohte eine Anzeige nach § 86a wegen der Verwendung von verfassungsfeindlichen Symbolen. Auf den Plakaten wurden unter anderem Hakenkreuze in einen Mülleimer geworfen. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft Stade das Ermittlungsverfahren wegen der „Verwendung von Hakenkreuzen auf Wahlkampfplakaten“ eingestellt: „Wir sehen in den Abbildungen den erkennbaren Ausdruck einer Gegnerschaft zu den Zielen der verfassungswidrigen Organisationen und sehen die geschützten Rechtsgüter des demokratischen Rechtsstaats und des öffentlichen politischen Friedens nicht gestört“, betonte Oberstaatsanwalt Dr. Burkhard Vonnahme. Die vom Staatsschutz beschlagnahmten Plakate werden wieder zurückgegeben.

Gleichwohl sieht sich die Staatsanwaltschaft vom Gesetzgeber „im Stich gelassen“; Vonnahme setzt auf Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) und hofft auf ein Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofes; in Süddeutschland sind weitere Verfahren in dieser Frage anhängig. Bei der „kommerziellen Vermarktung“ von Anti-Nazi-Symbolen auf Buttons oder T-Shirts hätte die Staatsanwaltschaft „vermutlich aktiv werden müssen“, sagt Vonnahme.

Die Polizeiinspektion Stade bleibt bei ihrer Linie. Die Einstellung des Verfahrens sei keine Grundsatzentscheidung in dieser Frage. Das sei Sache der Gerichte.

„Wir begrüßen die Entscheidung der Staatsanwaltschaft“, betont Heike Vollmers vom Kreisverband der Grünen. Der gesunde Menschenverstand hätte ausgereicht, um die Botschaft der Plakate richtig zu deuten. Die Polizei dürfe nunmehr couragierte Antifaschisten bei ihrem Protest gegen Rechtsextremisten nicht mehr kriminalisieren.

Bei einem Aktionstag des Bündnisses für Demokratie und Toleranz in der Stader Innenstadt schritt die Polizei dann auch nicht mehr ein, obwohl am Stand der Grünen das gleiche Anti-Nazi-Plakat hing.

Quelle: Stader Tageblatt 14.10.2006 ■

Ist der Ruf erst ruiniert...

Köln. Nachdem die Sprecherin der angeblich überparteilichen „Ehrenfelder Anwohnerinitiative gegen die Großmoschee“ Marylin Anderegg der Öffentlichkeit monatelang als keiner Partei angehörige, nur die Interessen der Bewohner(innen) des Stadtteils vertretende Bürgerin verkauft werden sollte, ließen die genannte Dame und „pro Köln“ jetzt die Katze aus dem Sack. In einer Mitgliederversammlung am 26.10., bei der Markus Beisicht als Vorsitzender bestätigt wurde, ließ sich Anderegg in den Vorstand der rechten „Bürgerbewegung“ wählen. Offenbar sind die Verantwortlichen der Meinung, nachdem selbst die Flugblätter der Initiative nicht mehr von „pro-Köln“-Werbung zu unterscheiden waren, sei die Tarnung überflüssig geworden. Antifaschist(inn)en hatten bereits seit langem auf Frau Andereggs Vergangenheit als Kandidatin für die „Republikaner“ hingewiesen. Jetzt ist zusammen gekommen, was offenbar schon lange zusammen gehört hatte. *tri* ■



Marianne Gundelfinger
wurde am 13. Januar 1929 in Stuttgart geboren. Sie wurde im Lager Lalande interniert und später nach Drancy überstellt. Im Transport Nr. 21 wurde sie 1942 nach Auschwitz in den Tod deportiert. Sie wurde nur 13 Jahre alt.

Renate Falk
wurde zehn Jahre alt. Ihr Geburtsort war Karlsruhe. 1941 wurde sie auf der Flucht in Frankreich festgenommen und mit dem Transport Nr. 7 nach Auschwitz deportiert.

Marion Abraham
am 15. Januar 1925 in Freiburg geboren. 1933 flüchtete ihre Familie nach Frankreich. Mit 17 Jahren wurde sie im Transport Nr. 8 im Juli 1942 nach Auschwitz deportiert.

Adolf Schonek
war 14 Jahre alt als er mit dem Transport Nr. 8 am 20. Juli 1942 deportiert wurde. Er war in Berlin geboren und wurde mit seiner Familie in Angers verhaftet.

Max Leiner
geboren 1936, wird von seiner Tante in Mannheim aufgezogen. Als 4-Jähriger Deportation nach Gurs (Südfrankreich) 1941 Verlegung nach Rivesaltes, 1942 Rettung ins Kinderheim Izieu, Dort wird er aufgespürt. Als 7-Jähriger wird er in Auschwitz-Birkenau umgebracht.

Fritz Löbmann
geboren am 12. März 1929 in Mannheim, 1940 Deportation nach Gurs, 1941 Flucht über Marseille ins Kinderheim von Izieu (nahe Lyon). 6. April 1944 Verhaftung, am 13. April 1944 startet der Todestransport Nr. 71 von Drancy nach Auschwitz-Birkenau. Er wurde 15 Jahre alt.

Sami Adelsheimer
Geboren 1938 in Mannheim, als 2-Jähriger mit seiner Mutter nach Gurs deportiert. März 1942 Rettung aus dem Lager ins Kinderheim von Izieu. Als 5-Jähriger durch die Gestapo verschleppt, über Drancy erreicht er mit dem Transport Nr. 71 am 15. April 1944 Auschwitz-Birkenau.

Saarbrücken–Mannheim–Frankfurt
Leipzig–Dresden → Auschwitz

Weitere Informationen zur Initiative „11.000 Kinder“ finden Sie auf den Seiten des Internetportals www.german-foreign-policy.com

V.i.S.d.P.: T. Engel, Mohrenbach 1, 51598 Friesenhagen

11000 jüdische Kinder
Mit der Reichsbahn in den Tod

Sehr geehrte Fahrgäste der Deutschen Bahn

Hier erfahren Sie, was die DB Ihnen nicht zeigt.

Bitte geben Sie dieses Flugblatt weiter und schreiben Sie an:

Bundesminister für Verkehr
Herrn Wolfgang Tiefensee
Invalidenstr. 44
10115 Berlin
e-mail: poststelle@bmvbs.de

Die Initiative „Elftausend Kinder“ ruft zur Verbreitung ihres Flyers am 9. November, aber auch darüber hinaus auf. So sollen die Flugblätter unter anderem vor zahlreichen Kinos verteilt werden, in denen der Spielfilm „Der letzte Zug“ angelaufen ist. Hier ein Bild des doppelseitigen Flyers, der auch die Kinobesucher interessieren könnte.
Bestellungen bitte an: elftausendkinder@web.de. Je 1.000 Flyer kosten 28,00 Euro plus Mehrwertsteuer und Versand. Die Auslieferung des Faltblattes erfolgt binnen 36 Stunden.

Störaktionen von Nazis bei Gedenkfeier

Augsburg. Auch in diesem Jahr haben sich fast 90 Personen am Schweigemarsch und an der anschließenden Gedenkfeier für die Opfer des Faschismus beteiligt. Die Hauptrede hielt Ernst Grube als Mitglied des Landesvorstands der VVN-BdA in Bayern und im Namen der Lagergemeinschaft Dachau. Erstmals kam es bei dieser jährlich wiederkehrenden Kundgebung zu Provokationen durch Nazis. Dagegen gibt es inzwischen Protesterklärungen seitens der VVN, der PDS und der Grünen aus Augsburg. Hier ein Bericht über die Vorgänge, wie sie beteiligte Antifas erlebten:

Anti-Antifa aktiv

Augsburg. Unter dieser Überschrift berichteten am 2.11. einige Augsburger Antifas in der unabhängigen Website www.indymedia.de, wie ihnen während der Gedenkveranstaltung auffiel, „dass sich in einigem Abstand einige schwarz gekleidete und vermummte Personen aufhielten und Fotos machten.

Einige der anwesenden Antifas gingen auf die Nazis zu und forderten sie auf, die Fotos zu löschen und zu verschwinden. Daraufhin wurden sie mit Pfefferspray angegriffen, es kam zu einer Prügelei, in deren Verlauf fünf Antifas leicht verletzt wurden. Durch das beherzte Eingreifen gelang es, zwei der Nazis an Ort und Stelle festzuhalten, wobei einer der beiden sein eigenes Pfefferspray abbekam und sich unglücklich eine blutige Nase holte.

Die Polizei begann daraufhin mit der Suche nach den flüchtigen Nazis, wobei sie 17 (!) Streifenwagen und einen Hubschrauber (!!) einsetzte. Gegen die sieben schließlich festgenommenen Nazis wurde Anzeige wegen Körperverletzung, Landfriedensbruch und Verstoß gegen das Waffengesetz erhoben.

Dies ist durchaus nicht die erste Anti-Antifa-Aktion in Augsburg. Bereits am 7. Oktober versuchten vier vermummte Nazis, eine von der Antirassistischen Aktion Augsburg und dem Bayerischem Flüchtlingsrat organisierte Demonstration zu fotografieren, wobei sie allerdings von anwesenden Antifas in die Flucht geschlagen werden konnten.

Die Augsburger Neonazi-Szene ist seit der Inhaftierung des Kameradschaft-Führers Marcel Jess in einem desolaten Zustand, die wenigen aktiven Nazis, die wie auch in diesem Fall überwiegend aus dem Augsburger Umland kommen, begnügen sich mit unregelmäßigen Infoständen zusammen mit Roland Wuttkes und Wolfgang Teufels „Nationaler Opposition“ in der Augsburger Innenstadt, die allerdings zumeist von AntifaschistInnen militant oder kreativ gestört wurden.“

Berichte aus Augsburg u. Schwaben 23/06 ■

Junger Antifaschist vom Vorwurf der Gewaltdarstellung freigesprochen

Potsdam. Im Mai diesen Jahres wurde ein junger Antifaschist aus Potsdam in Berlin festgenommen, weil er ein T-Shirt mit der Aufschrift „Good Night White Pride“ und einem aufgedruckten Bild trug. Der Ausspruch „Good Night White Pride“ stammt aus der so genannten Hardcore-Szene, einem politischen Ableger der Punk-Musikbewegung. In dieser Hardcore-Szene etablierte sich in den 90er Jahren die sogenannte „Good Night, White Pride“-Bewegung, die sich gegen die Versuche von Neonazis richtete, die Hardcore-Szene zu unterwandern und in ihr Fuß zu fassen. „White Pride“ oder „White Power“ ist dabei besonders bei weißen Rassistinnen und Rassisten in den USA ein beliebter Ausdruck ihres Überlegenheitsgefühls gegenüber Menschen, die sie für minderwertig halten.

Als Symbol wählte die Good Night White Pride-Bewegung eine Szene aus dem beim Hardcore üblichen Tanzstil. Während die meisten BetrachterInnen darin nur eine Tanzszene sehen, welche die Ablehung der HC-Bewegung gegenüber Nazis und RassistInnen zum Ausdruck bringt, sah die Staatsanwaltschaft Berlin darin eine „verkörperte Darstellung grausamer oder unmenschlicher Gewalt gegen Menschen“.

Diese Verfolgung des antirassistischen „Good Night, White Pride“-Symbols reiht sich damit in die aktuelle staatliche Verfolgungswelle von Anti-Nazi-Symbolen ein. So wurde vor kurzem der Besitzer eines linken Musikversandes wegen des Verkaufs von durchgestrichenen oder zerschlagenen Hakenkreuzen in Stuttgart verurteilt (nachzulesen bei www.rote-hilfe.de). Auf vielen antifa-

schistischen Demonstrationen, z.B. in Berlin, Leipzig oder Hamburg wurden insgesamt hunderte NazigegnerInnen wegen des Tragens von zerschlagenen Hakenkreuzen, dem „Good Night White Pride“-Symbol oder anderen antifaschistischen Darstellungen verhaftet und angezeigt. Der betroffene Jugendliche aus Potsdam zeigte sich über die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens entsetzt: „Ich wollte den öffentlichen Aufrufen folgen, gegen Rechtsextremismus und Rassismus offen Flagge zu zeigen. Jetzt habe ich es getan und werde dafür angezeigt, dass ich zu Gewalttaten aufrufen würde – obwohl ich nie jemandem etwas getan habe. Ich habe den Eindruck, dass hier gezielt das Engagement gegen Rechts verfolgt werden soll.“

Der junge Mann erhob Beschwerde gegen die dem Ermittlungsverfahren vorausgehende Beschlagnahme, das Verfahren durchlief mehrere Instanzen. Doch am 26. August entschied das Landgericht Berlin: „Die Gewaltdarstellung muss entweder eine Verherrlichung oder Verharmlosung der grausamen oder unmenschlichen Gewalttätigkeit zum Ausdruck bringen oder durch die Art und Weise der Darstellung selbst die Menschenwürde verletzen, etwa indem sie Personen oder Gruppen als menschenunwert erscheinen lässt. Diesen Anforderungen genügt der hier fragliche Aufdruck, der in stilisierter Form eine Kampfszene zwischen zwei Personen zeigt, NICHT.“ Und weiter: „Eine Billigung grausamer oder unmenschlicher, mithin exzessiver Gewalttäigkeit als Kampfmittel ist der hier fraglichen Abbildung auch unter Berücksichtigung zwischen dem Text und der bildlichen Darstellung nicht zu entnehmen.“ – der Angeklagte wurde von allen Vorwürfen freigesprochen.

Dennoch geht die Verfolgung antifaschistischer Symbole auch in Berlin weiter. Vor wenigen Tagen gab es – trotz des Urteils – wieder Festnahmen bei Aktionen gegen den Naziaufmarsch in Tegel. Auch hier war die Begründung das Tragen des „Good Night White Pride“-Symbols. Damit muss ab sofort Schluss sein! Wir fordern umgehende Freisprüche für alle Menschen, die wegen des Tragens von antifaschistischen oder antirassistischen Symbolen einem Ermittlungsverfahren ausgesetzt sind. Wir wenden uns gegen jeden Versuch der Kriminalisierung antifaschistischen Engagements!

potsdam@rote-hilfe.de

Der NPD Kreisvorsitzende Deichen vor Gericht!

Wolgast. Am 28. November 2006 um 10.00 Uhr findet vor dem Amtsgericht Wolgast ein Strafprozess gegen den NPD-Funktionär Christian Deichen statt. Christian Deichen ist Vorsitzender des NPD Kreisverbandes Ostvorpommern. Er bezeichnet sich als Landeskoordinator der NPD in Mecklenburg-Vorpommern und war bis vor kurzem Betreiber eines Internet-Cafes in Wolgast. Deichen wird von der Staatsanwaltschaft Volksverhetzung vorgeworfen. Er veröffentlichte im Internet unter anderem folgende Leugnung des Holocaust: „Wir müssen kämpfen, für die richtige Erinnerung an den Holocaust – die tatsächliche Verbrennung der Juden in der Zukunft statt der Science-Fiction-Vergasung in der Vergangenheit“.

Christian Deichen werden von einigen Neofaschisten Kontakte zum Verfassungsschutz vorgeworfen. So heißt es in einem Neonazi-Forum von einem Mitglied aus Bützow, Deichen habe mehrfach für den Geheimdienst gearbeitet und dafür Gelder bezogen. „So soll er über Kameraden berichtet und interne Infos über die nationalen Szene weitergegeben haben.“ Sogar ein angeblicher interner Vermerk des Verfassungsschutzes über Deichen, der auf seine Rolle in der Neonazi-Szene und die Bedeutung der von ihm gewonnenen Informationen eingeht, wird in dem Beitrag angeführt.

Interessant an diesem Fall ist, dass das Ermittlungsverfahren im August 2005 von der Stralsunder Staatsanwaltschaft eingestellt wurde. Das der Prozess jetzt doch noch stattfindet, könnte auch mit den V-Mann Vorwürfen einiger NPD-Mitglieder gegen ihn zu tun haben. Deichen gelang es weder 2005 noch in diesem Jahr seine Fascho-Kameraden vom Gegenteil zu überzeugen. Für die Glaubwürdigkeit des V-Manns könnte ein Prozess und eine Verurteilung zum Beispiel auf Bewährung schon von Nutzen sein. Zu seinem Prozessauftakt wird mit einer Mobilisierung der vorpommerschen Naziszene gerechnet.

Michael Strähnz, VVN/BdA ■

Ravensbrückerinnen aus Beirat gedrängt

Berlin. Die Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis ist künftig nicht mehr im Beirat der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten vertreten. Die Lagergemeinschaft, in der Überlebende des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück, Angehörige und jüngere Antifaschisten organisiert sind, informierte am Mittwoch in einer Pressemitteilung über diesen Skandal. Bis zum Jahresende vertritt die KZ-Überlebende Edith Sparmann die Lagergemeinschaft im Beirat, dem ihre Organisation seit Gründung der Stiftung angehört. Als Nachfolgerin waren die Tochter eines Ravensbrück-Häftlings und alternativ eine Überlebende des KZ vorgeschlagen worden. Beide wurden abgelehnt. Die eine, weil sie selbst nicht im Lager inhaftiert war, die andere wegen ihres hohen Alters. In einem Schreiben an den brandenburgischen Ministerpräsidenten betont die Lagergemeinschaft: „Es drängt sich der Eindruck auf, dass nach Gründen gesucht wird, um ein weiteres Mitwirken der Lagergemeinschaft im Beirat auszuschließen.“

Quelle: jW, 3.11.06 ■

„Heldengedenken“

Wien. Wie jedes Jahr marschierten auch heuer Neonazis und Rechtsextreme rund um Allerheiligen vor den Gräbern ihrer „Helden“ auf. Am 1. November versammelten sich rund 30 Neonazis beim Grab des 1975 verstorbenen SS-Obersturmbannführers Otto Skorzeny am Döblinger Friedhof. Der 1908 in Wien geborene Skorzeny trat 1930 der NSDAP bei und brachte es bis zum Leiter der Gruppe VI S (Sabotage) im Reichssicherheitshauptamt. Zunächst als Kriegsverbrecher inhaftiert, konnte er 1948 fliehen. In der Folge war Skorzeny maßgeblich am Aufbau der Nazi-Fluchthilfe beteiligt und im Geflecht aus (westlichen) Geheimdiensten weiter aktiv, auch als Autor einschlägiger Schriften machte er sich einen Namen in der Neonazi-Szene. In einem stoertebeker-Bericht über die Kundgebung am Skorzeny-Grab heißt es: „Am Friedhof angekommen, formierte man hinter den Far-

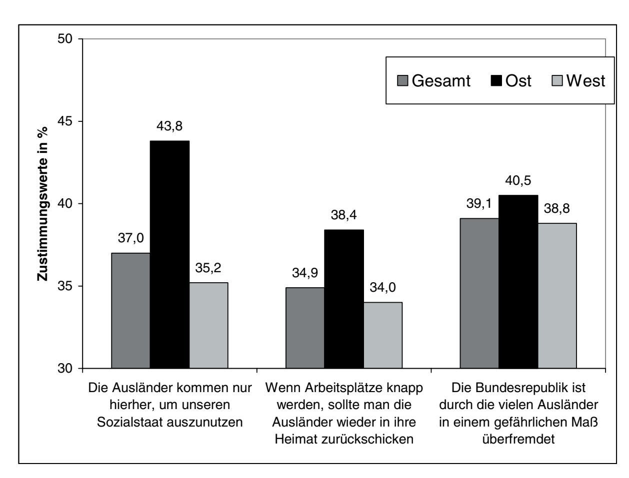
→

Vom Rand zur Mitte

BERLIN. Der Befund überrascht. Eine neue, repräsentative Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung stellt landläufige Stereotype über Rechtsextremismus auf den Kopf: Die knallharten Rechtsextremisten sind nicht ostdeutsche Jungmänner, sondern westdeutsche Opas. Der Anteil von „Menschen mit geschlossenem rechtsextremen Weltbild“ liege in den alten Bundesländern bei 9,1 Prozent, im Osten seien es aber nur 6,6 Prozent, lautet eines der Resultate der bundesweiten Studie. Westdeutschland hebt damit den braunen Durchschnitt auf bundesweit 8,6 Prozent. Bei allen Themen, von der Befürwortung einer Diktatur bis zur Verharmlosung des Nationalsozialismus, lagen die über 60-Jährigen vorn. Die beiden Wissenschaftler der Universität Leipzig widersprechen damit der landläufigen Auffassung, Rechtsextremismus ließe sich auf junge Skinheads und Neonazis reduzieren. Außerdem wählen die meisten rechtsextrem eingestellten Deutschen nicht rechtsextrem – insgesamt zwei Drittel entscheiden sich für SPD und Union.

Den Wissenschaftlern ging es nicht um rechtsextreme Verhaltensweisen, sei es bei Straftaten oder Wahlen, sondern um „Einstellungen und ihre Einflussfaktoren“. Empirische Grundlage der Studie mit dem Titel „Vom Rand zur Mitte“ war eine Umfrage unter 3876 West- und 996 Ostdeutschen, die mit 18 meist klassisch rechtsextremen Aussagen konfrontiert wurden. Die Befragten konnten dann zwischen fünf Antworten wählen, die von klarer Ablehnung bis deutlicher Zustimmung reichen. Das Gesamtergebnis sei, warnte Dietmar Molthagen von der Friedrich-Ebert-Stiftung, „ein Alarmzeichen für die Politik“. Die Umfragewerte zeigten, dass Rechtsextremismus in der Bundesrepublik kein Randphänomen sei und sich in Teilen der Gesellschaft verfestige.

Diagramm 2.1.3: Skala „Ausländerfeindlichkeit“



So stimmten 26 Prozent der Aussage zu: „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“. Das ist typische NPD-Sprache. Im Osten waren 29 Prozent dieser Ansicht, im Westen jeder Vierte. Oder: Fast 40 Prozent sehen die Bundesrepublik durch die vielen Ausländer „in einem gefährlichen Maße überfremdet“ (Ost: über 40 Prozent, West: knapp 39).

Insgesamt bekannten deutlich mehr Ostdeutsche, ausländerfeindlich zu sein. Etwa 44 Prozent glauben, „die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“. Im Westen waren es 35 Prozent. Allerdings fielen die Antworten in Bayern (über 42 Prozent ausländerfeindlich) fast so schlimm aus wie in Brandenburg (knapp 50 Prozent).

Antisemitische Einstellungen fanden sich hingegen in Westdeutschland weit mehr als im Osten. Nur sechs Prozent der befragten Ostdeutschen meinten, „die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen“. Unter den Westdeutschen stimmten fast 16 Prozent dieser Parole zu.

Sympathien für den Nationalsozialismus äußerten deutlich weniger Befragte in Ost und West. Nur fünf Prozent der Ostdeutschen meinten, die Verbrechen des NS-Regimes würden in der Geschichtsschreibung weit übertrieben. Im Westen waren es etwas mehr als neun Prozent. *kun* ■

Die Studie im Internet: www.fes.de/rechtsextremismus/pdf /Vom_Rand_zur_Mitte.pdf

---

→ ben des Reiches einen Marschblock und zog ruhigen aber festen Schrittes zum Familiengrab der Skorzenys. Begleitet von den neugierigen Blicken der übrigen Friedhofbesucher nahmen die Teilnehmer in der Gräberzeile Aufstellung. Ein junger Redner aus Wien ergriff das Wort und hämmerte den Anwesenden neuerlich das Opfer, den Einsatz und die Verluste unseres Volkes in die Herzen. Besonders betonte er, dass ein Wehklagen nach bürgerlichen Maßstäben nicht die Sache junger Kämpfer sein kann, sondern nur ein totaler Einsatz im Geiste der Helden unseres Volkes. Jawohl, kein Wort reicht aus als Dank für die Taten unserer toten Helden, deren Gedenktag wir begingen. […] Nach dem Einhalten einer Trauerminute, der sich einige ältere Friedhofsbesucher anschlossen, sangen die Teilnehmer das Lied vom guten Kameraden. Anschließend formierte sich wieder der Marschblock, um den Friedhof zu verlassen.“

Für den 12. November ruft der FPÖ-nahe Verein zur Pflege des Grabes Walter Nowotny zu einer Kranzniederlegung an der letzten Ruhestätte des als „Fliegerhelden“ verehrten Nationalsozialisten am Wiener Zentralfriedhof auf.

www.doew.at ■

3 Jahre blieb Anzeige liegen

DORTMUND. Am 28.10. gab Jupp Angenfort, Landessprecher der VVN-BdA NRW, aus Anlass des 60. Jahrestages der Gründung der VVN der „Jungen Welt“ ein Interview, in dem er ausführte: „60 Jahre nach der Gründung der VVN ist die Neonaziszene in NRW äußerst aktiv und gewaltbereit ... Ich will ein Beispiel herausgreifen: Es gibt in NRW eine Neonaziband namens Oidoxie, die im Jahre 2002 einen Tonträger samt Videoband erstellt hat, der unter dem Ladentisch verkauft worden ist. In dem Lied „Unsere Antwort“ singen die Neonazis: „Wartet, ihr Brüder, wir kommen wieder, schlagen das rote Gesindel nieder. Wartet, ihr Brüder, jetzt kommt die Rache, Juda verrecke und Deutschland erwache“. Im Refrain heißt es: „Für unser Fest ist uns nichts zu teuer, zehntausend Juden für ein Freudenfeuer“. Ich habe gegen diese Band um deren Sänger, den Dortmunder Marco Gottschalk, bereits im März 2003 bei der Staatsanwaltschaft Dortmund Anzeige erstattet. Einen Prozess hat es bis heute nicht gegeben.“

Ulrich Sander, Sprecher der VVN-BdA, fragte daraufhin bei der Staatsanwaltschaft nach und erhielt umgehend Antwort: „Sehr geehrter Herr Sander, wie ich Ihnen bereits mit Schreiben vom 17. 2.2005 mitgeteilt habe, ist in dem Verfahren 157 Js 1784/02 Staatsanwaltschaft Dortmund bereits Anfang Januar 2005 Anklage vor dem Amtsgericht – Schöffengericht – in Dortmund erhoben worden. Nachdem zunächst eine im Oktober anberaumte Hauptverhandlung vertagt werden musste, hat das Amtsgericht Dortmund nunmehr einen neuen Hauptverhandlungstermin am 6.12.2006 festgesetzt. Ihre Frage, aus welchen Gründen bisher die Durchführung eines Hauptverhandlungstermin nicht möglich war, kann ich Ihnen naturgemäß nicht beantworten. Gegebenenfalls sollten Sie sich insoweit mit dem Amtsgericht in Dortmund in Verbindung setzen.“ „Naturgemäß“ scheint man es eben nicht besonders eilig zu haben mit der Verfolgung solcher Delikte. *u.b.* ■

Antifaschistische Hausbesuche bei „pro Köln“

KÖLN. Am Abend des 10.11.06 fand in Köln-Ehrenfeld ein spontaner antifaschistischer Abendspaziergang statt, etwa 40 Personen beteiligten sich. Besucht wurden die Neu-„pro Kölnerin“ Marylin Anderegg und der Ehrenfelder Bezirksvertreter der extrem rechten „Bürgervereinigung“ Heinz Kurt Täubner. Mehrere hundert Flugblätter wurden in die Briefkästen der Nachbarschaft gesteckt.

Zunächst ging es zum Wohnort des Neofaschisten Heinz Kurt Täubner. Täubner wurde 2004 für die extrem rechte „Bürgerbewegung pro Köln“ in die lokale Bezirksvertretung gewählt. Täubner ist nicht neu in der Szene. So war er bereits Ende 1983 der Vorsitzende des „Deutschen Bürgerschutz“, der sich selbst als Bürgerwehr gebend mit rassistischer Hetze vor allem im Kölner Stadtteil Chorweiler von sich reden machte. 1984 beteiligt sich Täubner bei der Gründung des „Vereins zur Förderung unabhängiger Jugendbewegung“, der als Ziel hatte, eine Kooperation zwischen den verschiedenen neofaschistischen Gruppen zu organisieren. Im selben Jahr trat er auch der militanten Organisation „Schwarze Front“ bei. Diese verstand sich als Nachfolgeorganisation der faschistischen Konkurrenzpartei zur NSPAD „Schwarze Front , die 1931 von Otto Strasser gegründet worden war. Die „Schwarze Front“ tat sich durch sozialdemagogische sowie radikale antisemitische Propaganda hervor. Anfang der 90er wurde Täuber zum stellvertretenden Vorsitzenden der Kölner Kreisverbands der neofaschistischen Partei „Die Bürger“, welche damals auch in den Rat der Stadt einziehen konnte. Zu dieser Zeit beteiligte er sich auch des Öfteren an einem „Runden Tisch-Gespräch zwischen den Neonaziorganisationen „Deutsche Liga für Volk und Heimat“, NPD und der „Freiheitlichen Arbeiterpartei“ (FAP).

Anschließend ging es zur „Initiativsprecherin“ des Bürgerbegehrens gegen die Ehrenfelder Moschee, welche nach eigenen Angaben mittlerweile mehr als 17.000 Unterschriften gegen das Bauprojekt gesammelt hat. Marylin Anderegg wohnhaft in der Weinsbergstraße 136, kandidierte bei der letzten Kommunalwahl noch für „Die Republikaner“, ist mittlerweile aber wie andere ihrer ehemaligen Mitstreiter zur rechtsextremen „Bürgerbewegung pro Köln“ gewechselt. Ende Oktober wurde sie dort dann auch gleich als Beisitzerin in den Vorstand gewählt. Auch hier wurden einige hundert Flugblätter in den umliegenden Straßen verteilt und die AnwohnerInnen über die rechten Umtriebe ihrer Nachbarin aufgeklärt.

keinbockaufprokoeln@gmx.net
www.keinbockaufprokoeln.tk ■



Nur schwache Proteste begleiteten den NPD-Bundesparteitag am Wochenende 11./12. November in Berlin, obwohl alle im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien dazu aufgerufen hatten. Die Tagung im Fontanehaus hatte die NPD gerichtlich durchsetzen können. „Man sei in der Reichshauptstadt angekommen“, tönte Voigt, der als Vorsitzender bestätigt wurde. Dem Bundesvorstand gehören drei neue Mitglieder an: die Pressesprecherin des NPD-LV Berlin und Mitbegründerin des ‚Rings Nationaler Frauen in der NPD‘, Stella Palau, der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger und der stellv. Chefredakteur der Deutschen Stimme, Andreas Molau. *Foto: Ulli Winkler, ND, 13.11.06*

Nazis möchten Geschichte revidieren

Mehrere Tausend DemonstrantInnen blockierten die Demo-Route – Linke Kundgebung dauerte fast 8 Stunden! – Nur 200 Leute bei der NPD

NÜRNBERG. Der Naziaufmarsch der rechtsextremen NPD am 14.10. war von Anfang an als Provokation geplant. Angemeldet hatte die Aktion ein gewisser Christian Malcoci, Mitglied der NSDAP/AO, mit guten Kontakten zur Anti-Antifa. Die NPD hatte mit Udo Voigt und Jürgen Rieger „Parteiprominenz“ aufgefahren. Am 60. Jahrestag der Kriegsverbrecher-Urteile von Nürnberg wollten die Neonazis unter der Parole „Recht statt Rache – Revision der Nürnberger Prozesse“ durch Nürnberg demonstrieren, dazu ausgerechnet noch durch den stark von MigrantInnen bewohnten Stadtteil Gostenhof.

Vom Gerichtsgebäude, in dem ab 1946 die Nürnberger Prozesse stattfanden, sollte ein Demozug über den Ort der ehem. Deutschen Arbeitsfront (DAF), dem Gründungslokals der Nürnberger NSDAP sowie dem Hotel Deutscher Hof und dem Ort, an dem die NS-Rassegesetze verabschiedet wurden, bis hin zum Opernhaus veranstaltet werden, der zu allem Überfluss durch das bunte Viertel Gostenhof führen sollte.

Nur wurde daraus nichts, weil sich Tausende von NürnbergerInnen ihnen entschlossen entgegen stellten, obwohl die Polizei ihr möglichstes tat, den Nazis eine Demo zu ermöglichen! Sie sperrte schlichtweg die Fürther Str., d.h. eine der wichtigsten Straßen Nürnbergs, komplett nach links und rechts mit Absperrgittern und einem Großaufgebot ab.

Schon um 9.30 Uhr trafen sich ca. 500-1000 Menschen des eher autonomen und linken Spektrums am Plärrer. Gleichzeitig fand direkt vor dem Gerichtsgebäude ca. 3 km weiter, d.h. dem Startpunkt der Nazi-Demo, die um ca. 14.00 Uhr beginnen sollte, eine Kundgebung mit Opfern des Naziregimes mit ca. 100 Menschen statt. Währendessen setzte sich der Demozug am Plärrer mit mittlerweile ca. 2000 Menschen die Fürther Straße entlang in Gang (d.h. den Nazis entgegen). Eigentlich sollte der Zug dann weg von der späteren Nazi-Route nach Gostenhof führen. Doch die Leute entschlossen sich kollektiv spontan (!!!), nicht mehr weiter zu gehen. Vor einer Absperrung der Polizei kam die Demo zum Stehen. Dort verharrten die TeilnehmerInnen ca. 6 Stunden lang.

Gegen 14.00 Uhr, dem offiziellen Beginn der Nazi-Demo am Gerichtsgebäude, fand am Kornmarkt, d.h., an einem Ort ca. 4 km entfernt von der eigentlichen Nazi-Route eine Kundgebung von Gewerkschaften, Parteien und dem Oberbürgermeister statt. Der SPD-OB Maly hatte zum Protest aufgerufen, weil er für ein Verbot der Veranstaltung keine Chance auf einen Erfolg sah. „Nürnberg darf nie wieder ein Platz für Rassisten, Antisemiten und Holcaust-Leugner werden“, so der OB. Nach einer Kurzkundgebung rief er dann auch zum Protest vor dem Gericht auf, um den Neonazis „Auge in Auge“ gegenüber zu stehen, wie er betonte. Rund 3000 Menschen folgten dem Aufruf und fuhren mit kostenlosen U-Bahnen zur Protestdemonstration. Von der erst zwei Stunden verspätet beginnenden Kundgebung der Nazis war dann nicht viel zu hören, da die Protestierenden sich äußerst lautstark bemerkbar machten.

Nach dem Ende der rechten Kundgebung bildete sich noch eine Spontandemo der Linken in Richtung Opernhaus, um zu kontrollieren, ob die Nazis auch wirklich verschwunden seien. Als dort niemand mehr zu sehen war, ging es spontan weiter zum Hauptbahnhof, der aber von einem massiven Polizeiaufgebot total abgeriegelt war.

nachrichten & standpunkte 11-06 ■

Der Aufbau rechtsradikaler Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern

von Axel Holz, VVN Schwerin

Rechtsradikale Kameradschaften sind in Mecklenburg-Vorpommern Ausgangspunkt und Basis der Verbreitung rechtsradikalen Gedankengutes, der Rekrutierung von rechtsradikalem Personal und Verankerung rechtsradikaler Aktivitäten im ländlichen Raum. Darunter befinden sich neben dem jetzigen Fraktionschef der NPD im Landtag Udo Pastörs auch der persönliche Referent des NPD-Vorsitzenden Thomas Wulf, der vorbestrafte NPD-Bundesgeschäftsführer und Landesvorsitzende Stefan Köster und der NPD-Kreischef von Ludwigslust Andreas Theißen. Ebenso wie sie zog auch der jetzige Fraktionschef der NPD im Landtag Udo Pastors in den 90er Jahren nach Westmecklenburg.

Hier wurden Mitte der neunziger Jahre rechtsradikale freie Kameradschaftsstrukturen aufgebaut und von Thomas Wulf koordiniert. Ideengeber für dieses neue Organisationskonzept sind Thomas Wulff und der Hamburger Neonazi Christian Worch. Damit werden Organisationsverbote umgangen, die Jugendarbeit aktiviert und so genannte national befreite Zonen angestrebt, in denen Rechtsradikale die öffentliche Ordnung außer Kraft setzen und das Sagen haben sollen.

Die Neonazi-Szene im Osten Mecklenburg-Vorpommerns, besonders im Uecker-Randow-Kreis und in Ostvorpommern, wird von in der Region aufgewachsenen Kadern angeführt. Im Verfassungsschutzbericht 2004 werden ein Dutzend solcher aktiver Kameradschaften genannt. Der Bericht der Mobilen Beratungsteams in Mecklenburg-Vorpommern zählt allein in Vorpommern die gleiche Zahl. Eine Studie der Greifswalder Universität über Ückermünde als Refugium des Rechtsextremismus verweist neben den Kameradschaften „Aryan Warriors“ und der „National-Germanischen Bruderschaft“ auf zwei so genannte Kulturkreise, die vorrangig im vorpolitischen Raum agieren: den „Heimatbund Pommern“ und den „Kulturkreis Pommern“. Außerdem gründete sich die Initiative „Schöner und sicherer wohnen in Ückermünde“, in der es Rechtsradikalen gelang, 2.000 der 11.000 Einwohner Ückermündes gegen die Einrichtung eines Asylbewerberheimes in ihrer Stadt zur Unterschrift zu bewegen.

Der Aufbau der Kameradschaftsszene stützt sich auf eine Welle rechter Konzerte des rechtsradikalen Musik-Netzwerkes Blood & Honour in den neunziger Jahren, die viel zu lange von den Behörden geduldet wurden. Mittlerweile gruppiert sich um die Kameradschaften ein Netzwerk rechtsradikaler Szene-Läden und Firmen, u. a. zum Vertrieb der neu kreierten Hausmarke „Thor Steinar“ für rechtsradikales jugendliches Outfit.

Insbesondere in Ückermünde ist es der rechtsradikalen Szene gelungen, feste Strukturen aufzubauen. Der „Heimatbund Vorpommern“ ist dort mit seinen Freizeit-, Sport- und Kulturangeboten besonders bei der Akquisition von ideologisch leicht beeinflussbaren Jugendlichen erfolgreich. Aber auch ältere Erwachsene sympathisieren mit den kommunalpolitischen Kampagnen der extremen Rechten, heißt es in der Studie der Greifswalder Wissenschaftler um Hubertus Buchstein.

Getarnt als eine gewöhnliche Bürgerinitiative ist es gelungen, sich einen Zugang zur Bevölkerung von unten zu verschaffen, der nichts mehr gemein hat mit der alten Strategie, rechtsextreme Strukturen von oben gewaltsam aufzuoktruieren. Ihr neues bürgernahes Konzept sichert den Rechtsradikalen hingegen ständigen Einfluss auf die Bevölkerung. Ziel ist die Bildung einer „Volkfront von Rechts“. Über das „Soziale und nationale Bündnis Pommern“ versuchen Kameradschaften, diesem Ziel näher zu kommen. Da war es auch kein Zufall, dass zwei Kameradschaftsführer der Region Ende 2005 der NPD beitraten. Gemeinsam mit der NPD wird die Kameradschaftsszene ihre Aktivitäten verstärken.

Die Veränderungen in der rechtsextremen Szene des Landes Mecklenburg-Vorpommern fasst der Verfassungsschutzbericht 2004 sachgerecht in kurzen Botschaften zusammen:

- Die Bedeutung der gewaltbereiten Subkulturen (rechtsextremistische Skinheads) für die Außendarstellung der Szene ist offensichtlich rückläufig.
- Die Neonaziszene organisiert sich in „Kameradschaften“ oder „Bürgerinitiativen“ vorwiegend im kommunalen Raum und bringt sich dabei in aktuelle politische und kulturelle Prozesse ein. Verbunden damit ist eine Ausweitung der Propagandaaktivitäten und der Vernetzungsbemühungen.
- Neonazis und Teile der rechtsextremistischen Parteienszene – hier insbesondere die NPD – üben den Schulterschluss und verstärken ihre Zusammenarbeit.
- Maßgebliche Protagonisten der Neonaziszene treten in die NPD ein.
- NPD und DVU führen wieder Wahlabsprachen durch.
- Rechtsextremistischen Parteien gelingen – insbesondere in Ostdeutschland – beachtliche Wahlerfolge. In diesem Zusammenhang belegen Einzelbeobachtungen ein gestiegenes Interesse der Bürger an den Aktivitäten rechtsextremistischer Gruppierungen.
- Indizien weisen darauf hin, dass rechtsextremistische Gruppierungen gerade in ländlichen Räumen auf eine gesteigerte soziale Akzeptanz zu stoßen scheinen.

Regionale Verankerung rechtsradikaler Aktivisten

Die NPD konnte sich in Mecklenburg-Vorpommern seit Mitte der neunziger Jahre auf zwei Säulen stützen. Da sind zunächst geschulte Kader aus den alten Bundesländern, die sich v.a. in Westmecklenburg niederließen und dort Grundstücke und Häuser erwarben. Mit dieser Strategie konnten die regionale Verankerung der rechtsradikalen Kader im ländlichen Raum eingeleitet sowie Schulungen und Konzerte ungestört betrieben werden. Der erst 1998 in Mecklenburg-Vorpommern erwirkte Konzerterlass gegen rechtsradikale Konzerte konnte geschickt umgangen werden, indem rechtsradikale Konzerte auf Privatgelände verlagert wurden. So reiste aus ganz Deutschland und der örtlichen Szene Publikum an, um im vorpommerschen Klein Bünzow bei Salchow ungestört rechtsradikale Konzerte zu besuchen. Zu den Gründungsmitgliedern eines Bürgerbündnisses gegen Braunkohleabbau im Kreis Ludwigslust gehören auch zahlreiche Rechtsradikale. Vor Ort suchen sie engen Kontakt zu Selbständigen und Unternehmern.

Ein Zweites Standbein der NPD-Arbeit bilden die seit Mitte der 90er Jahre aktiven Kameradschaften. Ende 2005 traten zahlreiche Kameradschaftsführer und -mitglieder in die NPD ein, die 2004 in Mecklenburg-Vorpommern laut Verfassungsschutzbericht gerade über 110 Mitglieder verfügte. Darunter war auch der Kameradschaftsführer Tino Müller aus Ückermünde, der jetzt für die NPD im Landtag sitzt. Ende 2005 hatte die NPD nach Angaben ihres Landesvorsitzenden Stefan Köster 220 Mitglieder. Seit Jahresbeginn 2006 sollen weitere 350 Mitglieder der NPD beigetreten sein.

Regionale NPD-Kader wie Stefan Köster und der Jurist Michael Andrejewski dienten auch als Personal für den Einzug der NPD in vier Kreisparlamente nach den letzten Kommunalwahlen. Dort traten sie allerdings inhaltlich kaum in Erscheinung.

Mit dem Einzug in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns verfügt die NPD nun über die Möglichkeit, Wahlkreisbüros zu schaffen und dort im Lande eine Verankerung anzustreben, wo ihnen das bisher nicht gelungen ist. Neben 150.000 Euro Wahlkampfkostenerstattung an die Landespartei erhält die neue NPD-Fraktion nun jährlich gut 500.000 Euro Fraktionsgelder. Hinzu kommen die Diäten von

knapp 5.200 Euro monatlich zuzüglich einer Erhöhung um 500 Euro ab nächstem Jahr. Insgesamt profitiert die NPD innerhalb der nächsten fünf Jahre mit knapp 5 Millionen Euro an Steuergeldern von der Landtagswahl. Ein gutes Geschäft im Verhältnis zum eingesetzten Kapital von knapp einer halben Million Euro für den Wahlkampf. Neben der Funktion als Geldmaschine, dient die neue Landtagsfraktion der NPD als Propagandabühne, Personalschmiede und Ausgangspunkt für einen flächendeckenden Ausbau des NPD-Einflusses im Lande. Obwohl sich die NPD demokratisch geriert, steigt die Zahl der rechtsradikalen Straftaten bundesweit kontinuierlich an. Von Januar bis August 2006 waren es mit 8.000 um 20 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum und etwa die Hälfte mehr als im Jahr 2004. Der Rechtsextremismusexperte Toralf Staud befürchtet nun die Faschisierung ganzer Regionen in Mecklenburg-Vorpommern. Hier hätten sich mittlerweile ganze rechtsradikale Zentren herausgebildet, analysiert der Opferhilfeverein „Lobbi". So gebe es in Grimmen eine gewaltbereite Szene. In Teterow säßen die Kameradschaften am Stammtisch und in Wismar sei ebenfalls eine Nazi-Szene etabliert. In Saßnitz und auf Rügen registriert „Lobbi" Zuzüge aus der rechten Szene und eine Zunahme rechter Gewalt.

Professioneller Wahlkampf der NPD 2006

Der NPD ist es 2006 gelungen, mit einem professionellen Wahlkampf ihren Wähleranteil seit der Bundestagswahl im Vorjahr zu verdoppeln. Sie kann dabei mittlerweile auf ein Stammwählerpotential zurückgreifen. In einigen Regionen Vorpommerns sind die NPD und die regionalen Kameradschaften die Einzigen vor Ort, die mit Aktivitäten aufwarten. Diese reichen von Volks- und Kinderfesten über Trachtengruppen und Sonnwendfeiern bis zur Gründung oder Beteiligung an Volksinitiativen und der aktiven Arbeit in Elternvertretungen.

Der Wahlkampf der NPD wurde mit ca. 400.000 Euro auf dem finanziellen Niveau der großen Volksparteien durchgeführt. Der Verfassungsschutz geht sogar von einem höheren Betrag aus. Finanzielle und personelle Ressourcen wurden aus der ganzen Bundesrepublik in Mecklenburg-Vorpommern konzentriert, umfangreiches Propagandamaterial bereitgestellt, darunter allein 40.000 Schulhof-CDs. Es wurden Häuser zur Unterbringung der Wahlhelfer angemietet und mit der Strategie der Eigentumserwerbung von privaten Häusern, Grundstücken und Firmen aus agiert.

Im Wahlkampf gab sich die NPD antikapitalistisch und staatskritisch, konzentrierte sich auf Sozialabbau durch Hartz IV, regionale Inhalte wie die Schließung ländlicher Schulen und versuchte ihre rassistischen Positionen mit Sprüchen wie „Touristen willkommen – Asylbetrüger raus" regionalspezifisch zu tarnen. Insbesondere in den Dörfern und weit verstreuten kleinen Gemeinden war fast jeder Lampenmast in drei Meter Höhe mit einem NPD-Plakat versehen. Die NPD-Aktivisten gaben sich im Wahlkampf dabei freundlich und bürgernah. Widerstand gegen die Plakatierung wurde rabiat beantwortet. In Picher wurde ein Rentner niedergeschlagen, der kein NPD-Plakat vor seinem Haus zulassen wollte. Der zuständige Landkreis hatte das Plakat darauf entfernen lassen. Auch andere Kreise hatten NPD-Plakate dort entfernen lassen, wo die NPD wild oder gegen bestehende Vorschriften plakatiert hatte. Anwohner berichteten, dass zum Teil bewaffnete NPD-Trupps nachts in den Dörfern die Unversehrtheit der Plakate überprüften oder vor Ort über Verbindungsleute sicherstellten.

Die NPD hatte ihre Aktivisten in Schulungen zur inhaltlichen Zurückhaltung und Gewaltlosigkeit angehalten. Dennoch ging die NPD in den letzten Wochen zunehmend aggressiv gegen ihre politischen Gegner vor. Wahlstände der SPD und Linkspartei wurden belagert, Standbetreuer und Bürger fotografiert und bedroht, manche Wahlkampfmitarbeiter bis in ihre Wohnungen verfolgt. Die SPD meldete allein zwanzig solcher Vorfälle. In Hagenow zogen aggressive NPD-Trupps erst dann vom SPD-Stand ab, als die Landtagsabgeordnete Seemann die Polizei herbeirief.

Nach dem Muster der Wortergreifungsstrategie wurden bereits im Vorfeld der Wahl Veranstaltungen gegen Rechtsradikalismus gestört, so eine Veranstaltung der SPD mit Innenminister Gottfried Timm und SPD-Generalsekretär Hubertus Heil.

Im Wahlkampf zog die NPD nun mit geschulten Trupps zu den Ständen ihrer politischen Gegner, um diese zu verunglimpfen, zu beleidigen, zu bedrohen und den Bürgern den Zugang zu den Wahlständen zu erschweren. Vor dem Schweriner Schloss wurden Antifa-Demonstranten gegen einen Wahlstand der NPD von NPD-Wahlhelfern mit Baseballkeulen verfolgt. Am Wahlabend selbst wurden Journalisten von der NPD-Wahlparty in der Schweriner Gaststätte „Radeberger Bierstuben" in der Nähe des Landtages fern gehalten, bedroht und ein Journalist wurde geschlagen. In ersten Interviews outeten sich die NPD-Lantagskandidaten Tino Müller und Udo Pastörs mit einem relativierenden Statement zum Kriegsverbrecher Adolf Hitler und stellten die völkerrechtsmäßige Grenze zu Polen in Frage. Für die Parlamentsarbeit stellten sie populistisch einen Antrag zur Kürzung der Abgeordnetendiäten in Aussicht.

Die Prognose der Experten, mit einer hohen Wahlbeteiligung könne der Einzug der NPD in den Landtag verhindert werden, ging nicht auf. Dafür hätten 85 % der Bevölkerung wählen müssen, ohne weitere Stimmen für die NPD abzugeben als die letztlich 60.000 abgegebenen Stimmen – eine schier illusionäre Vorstellung. Auch die Wählerzusammensetzung stellt bekannte Klischees in Frage. Zwar hatten 17 % der Arbeitslosen und 11 % der Arbeiter landesweit NPD gewählt. Aber mit 11 % lag auch die NPD-Wahlquote bei den Selbständigen deutlich über dem Landeschnitt von 7,4 % der Zweitstimmen. Regional dominierten Kreise in Vorpommern mit 15 %, Wahlbüros in Anklam mit bis zu 30 % und einige Gemeinden mit bis zu 38 % Stimmen für die NPD, wie in der Gemeinde Postlow. Kurzentschlossene konnte die NPD mit 4 % kaum mobilisieren, aber dafür ein erhebliches Nichtwählerpotential von 11.000 Stimmen. Der CDU gingen 12.000 Stimmen an die NPD verloren, der SPD 7.000 und der Linkspartei 2.000 Wähler. Ein Wählerwechsel sogenannter Protestwähler ist kaum feststellbar.

Die Gründe für den Wahlerfolg sind sicher vielfältig. In Journalistenumfragen taucht immer wieder das Stichwort Armut auf. Auf Seiten der NPD-Wähler bekennen sich zahlreiche Interviewte zu ihrer Wahlentscheidung, nennen aber in den seltensten Fällen Gründe dafür. Ist es die Scham, mit faschistischer Ideologie in Zusammenhang gebracht zu werden oder die Angst, die längst vorhandene rechtsradikale Einstellung öffentlich werden zu lassen?

Resümee Antifaschistischer Arbeit

Die Arbeit von gut zwei Dutzend Mitarbeitern der Bundesprogramme zur Stärkung demokratischer Strukturen in Mobilen Beratungsteams, Opferberatungsstellen und vier Civitas-Netzwerkstellen hat seit 2001 erfolgreich zur Auseinandersetzung von Schulen, Gemeinden, Präventionsräten, Gewerkschaften, Organisationen und Parteien beigetragen. Die Experten dieser Programme haben dort vor Ort flexibel gewirkt, wo rechtsradikale Zwischenfälle oder Aktivitäten bekannt wurden. Das spricht für den Erhalt dieser Strukturen.

Die Landesregierung der SPD-PDS-Koalition hat in der letzten Legislaturperiode ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus verabschiedet und die Arbeit der Bundesprogramme mit jährlich 150.000 Euro unterstützt. Das reicht aber bei weitem nicht aus, um diese Stellen vollständig aus Landesmitteln zu finanzieren, wie dies im Land Brandenburg geschehen ist. Auch ist es nicht gelungen, die engagierte Arbeit der Experten der Bundesprogramme und die einiger engagierter Lehrer an den Schulen in der Fläche zu verstetigen. Dazu müsste die Auseinandersetzung mit der rechtsextremistischen Ideologie, Geschichte des Faschismus, mit den Grundwerten der Verfassung, mit Menscherechten, Integration von Einwanderern und den völkerrechtlichen Grundla-

gen der Staatengemeinschaft durch die Bildungspolitik in den Schulen verankert werden. Die Tastsache, dass die NPD bei der Landtagswahl 2006 in der Altersgruppe der 18-24-Jährigen 22 % der Wähler gewinnen konnte, verdeutlicht dieses Problem. Die Schüler von heute sind schließlich die Wähler von morgen.

Das rechtsradikale Potential wird in Mecklenburg-Vorpommern auf ein Drittel der Wähler geschätzt und 9% der Bürger konnten sich in Umfragen vor der Wahl vorstellen, NPD zu wählen. Letztlich erreichte die NPD aber nur 7,0 % der Erststimmen und 7,4 % der Zweitstimmen. Das ist auch ein Erfolg der zahlreichen antifaschistischen Aktivitäten und einer umfassenden Aufklärungsarbeit der Medien in den letzten Monaten vor der Wahl. Allerdings war die Arbeit der Medien diesbezüglich mit wenigen Ausnahmen in den Jahren vorher eher rar ausgefallen. Eine besondere Wirkung haben sicherlich die Initiative der SPD „Rechtsweg ausgeschlossen", Aktivitäten der Linkspartei, Grünen, der Gewerkschaften ver.di und des DGB sowie der Antifa gehabt.

Die Linkspartei hatte im Vorfeld der Wahl v.a. an Gedenkstätten mit Veranstaltungen öffentlichkeitswirksam Präsenz gezeigt. Die VVN organisierte zusammen mit dem Schweriner Jugendring e.V. unmittelbar vor der Wahl in einem Schweriner Jugendhaus die Klarsfeld-Ausstellung „11.000 Jüdische Kinder – Mit der Reichsbahn in den Tod". Der Stadtjugendring Schwerin hatte zusammen mit der Civitas-Netzwerkstelle im Sommer die ersten Stolpersteine in Schwerin verlegt und im Vorfeld über das Programm „Schule+" zahlreiche Schüler in die Vorbereitung integriert. Der DGB konnte zwei Tage vor der Wahl 10.000 junge Menschen auf einem Konzert gegen Rechts begeistern. In anderen Städten fanden weitere Konzerte gegen Rechts statt. Jusos und SPD führten im ganzen Land Veranstaltungen gegen Rechts durch. Der Journalist und Rechtsextremismusexperte Toralf Staud war auf einer Lesetour mit seinem Buch „Moderne Nazis" im Land unterwegs. Die Antifa demonstrierte vor der Wahl mit ca. 100 Anhängern durch Schwerin und die Jusos mobilisierten hunderte Jugendliche zu einem antifaschistischen Konzertabend zum Schweriner Jugendhaus „Komplex". Bündnisse gegen Rechts, die sich in den letzen Jahren in Schwerin und anderen Städten gebildet hatten, boten eine gute Grundlage für gemeinsames Handeln der demokratischen Kräfte gegen den Einzug der NPD in den Landtag. Am Wahltag hatten sich zahlreiche Antifaschisten am Schweriner Schloss versammelt und mit Plakaten und einem riesigen Spruchband gegen den Einzug der NPD in den Landtag protestiert.

Ohne die zahlreichen Aktivitäten wäre das Wahlergebnis wahrscheinlich deutlich höher für die NPD ausgefallen. Schließlich ist es gelungen, knapp 60 % der Wähler für die Landtagswahl zu mobilisieren. Wochen vorher hatten Umfragen noch eine Wahlbeteiligung von 37,5 % vorausgesagt. Aber auch die NPD hatte v.a. im Nichtwählerbereich einen erheblichen Teil ihrer 60.000 Wähler mobilisieren können. Kein Grund zum Jubel für die Demokraten, aber ein guter Ausgangspunkt, um antifaschistische Aktivitäten weiter zu vernetzen, um innerhalb und außerhalb des Parlamentes wirksam gegen Rechtsradikalismus vorzugehen und die im Lande teils schwach entwickelten demokratischen Strukturen zu stärken.

Axel Holz ■

Quellen:
Toralf Staud, Glatzenbrot und Lebensrunen, in: Die Zeit, 07.09.2006
Philipp Wittrock, NPD in Mecklenburg-Vorpommern, Biedermänner werden rüde, spiegel-online, 07.09.2006
Viele NPD-Wähler sind für andere Parteien verloren, Interview mit ARD-Experte Schönenborn, Tageschau, 08.09.2006
Journalist beschreibt NPD-Szene, in: Nordkurier, 8.9.2006
Lageeinschätzung Rechtextremismus, Verfassungsschutz MV, 2004
Ückermünde – eine Refugium des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern, Studie der Universität Greifswald unter Prof. Hubertus Buchstein, 2005
NPD-Aussteiger warnt vor Verharmlosung der Partei, in: Ostseezeitung, 08.09.2006
Völlig inhaltsleer, Die großen Parteien werben mit bunten Bildern, die NPD punktet mit knallharten Themen, In: TAZ, 12.09.2006
Die NPD spielt Rächer des kleinen Mannes, Gespräch mit Karl-Georg Ohse, in: Junge Welt, 12.09.2006
Die NPD handelt hochgradig professionell, in: TAZ, 12.09.2006
Toralf Staud, Versteckte Hetze, in: Die Zeit, 14.09.2006
Gewalt ist auch eine Strategie, in: Die Zeit, Nr. 38, 14.09.2006
Zahl brutaler Übergriffe nimmt stark zu, in: Die Welt, 16.10.2006
Antifaschisten wurden als Nestbeschmutzer abgetan, in: Junge Welt, 19.09.2006
Biedermänner und Neonazis, Tagesspiegel, 19.09.2006
Vom Maurer zum gut bezahlten Politiker, in: Nordkurier, 19.09.2006
Wie die NPD zu Geld kommt, in: Ostseezeitung, 20.09.2006
Ortstermin: Wo 38 Prozent NPD gewählt wurden, in: Die Welt, 20.09.2006
Höhere Wahlbeteiligung hätte gegen NPD nichts genutzt, in: Ostseezeitung, 20.09.2006
Ex-Regierungssprecher Heye: Länder bagatellisieren Rechtsextremismus, epd, 20.09.06
Die Idylle als idealer Ort für NPD-Strategen, Tageschau, 20.09.2006
Nicht Zuständig!, Rechte Gewalt nimmt zu und in MV haben sich rechte Zentren gebildet, in: Ostseezeitung, 18.10.2006
Michael Strähnz, Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern, VVN-BdA Schwerin, 2005



Foto: www.arbeiterfotografie.com

Proteste beim Prozess gegen Gelöbnix-Gegner

KÖLN, 26.10.2006: Vier AntimilitaristInnen waren vor dem Kölner Amtsgericht wegen Volksverhetzung, Beleidigung, Verunglimpfung des Staates und Hausfriedensbruch angeklagt. Zwei von ihnen wird vorgeworfen, ein Transparent mit der Aufschrift „Wir geloben zu morden, zu rauben, zu vergewaltigen" von der Balustrade des Kölner Doms gezeigt zu haben, während vor dem Dom Rekruten im Rahmen der 50 Jahr-Feier der Bundeswehr öffentlich vereidigt wurden. Zwei Gästen des Dom-Hotels wird vorgeworfen, beim abendlichen Zapfenstreich an ihrem Zimmerfenster ein weiteres Transparent mit der Aufschrift „Soldaten sind Mörder! K.T." angebracht zu haben. Zum Prozessauftakt am 26. Oktober fanden – nach mehr als einstündiger Verspätung – etwa 80 UnterstützerInnen dicht gedrängt Platz im Verhandlungssaal. Unmittelbar nach Verlesung der Anklageschrift wurde die Sitzung für eine Mittagspause unterbrochen. Als die Justizvollzugsbeamten nach der Pause nur noch so viele Leute wie vorhandene Plätze in den Saal lassen wollten (etwa 50), nahmen diese das nicht einfach hin, sondern drängten in den Saal. Die Öffentlichkeit schien zunächst wieder hergestellt. Es hatte gewissen Unterhaltungswert, als einer der Saalordner der Richterin drohte, seinen Job als Justizvollzugsbeamter hinzuschmeißen, wenn sie nicht sofort die Saalordnung wiederherstellen lasse, worauf die Richterin entschied, beide für den 26. Oktober angesetzten Prozesse auf Donnerstag, den 23. November im größten Saal des Amtsgerichts zu vertagen. Nächster Prozessversuch: 23. November, 9.00 Uhr, Amtsgericht Köln, Saal 210.

Mehr Infos unter:
www.bundeswehr-wegtreten.tk ■

„Ich bin ein altes Krokodil, von dem man im Wasser nur das Auge sieht." Diesen Vergleich, über dessen Schmeichelhaftigkeit sich streiten lässt, zog der französische rechtsextreme Politiker Jean-Marie Le Pen am Wochenende über sich selbst. Er wollte damit sagen, dass er vor den anstehenden Wahlen wie so oft unterschätzt werde. Derzeit werden ihm allerdings bereits Ergebnisse von 15 Prozent der Stimmen an aufwärts vorhergesagt. Von Freitag bis Sonntag hielt der französische Front National (FN) seinen „Präsidentschaftskonvent" in Le Bourget in der Nähe von Paris ab. Vor 4.000 bis 5.000 Anhängern hielt Le Pen zum Abschluss eine anderthalbstündige Kampfrede. Bernhard Schmid war dort

Präsidentschaftskonvent des FN

Es ist wie eine Reise zwischen zwei Welten. Bei der Ankunft am Bahnhof der Pariser Vorstadt Le Bourget fällt auf, dass man sich in einer jener Trabantenstädte befindet, in denen – aufgrund der räumlichen Konzentration der Immigrantenbevölkerung ebenso wie der Armut auf engem Raum – der Einwandereranteil hoch ist. Hier ist er sichtbar, da es sich im Stadtzentrum von Le Bourget überwiegend um Schwarze handelt. Neben dem Ausgang des Bahnhofs sammelt sich eine kleine Traube von Leuten, die sich offenkundig von dieser Umgebung abheben. Sie warten auf den kostenlosen Bus, der sie auf das Messegelände auf dem stillgelegten Flughafen von Le Bourget befördern soll. Dort steigt an diesem Wochenende die Grobveranstaltung des Front National (FN). Prompt fallen auch rasch die ersten abfälligen Bemerkungen über die Einwanderer, und dass man in Frankreich nicht mehr zu Hause sei, und so weiter.

Ideologische Lufthoheit für Ultrakatholiken

Die katholisch-nationalistische und katholisch-fundamentalistische Parteiströmung scheint die ideologische Lufthoheit im Saal errungen zu haben, jedenfalls nach den Bücherständen zu schließen. In jüngerer Vergangenheit hatte es bei der rechtsextremen Partei noch ein zähes Ringen um die weltanschauliche Ausrichtung gegeben. Aber tatsächlich ist die (zum Teil anti-christlich argumentierende) neurechte und neuheidnische Strömung dadurch geschwächt, dass ein bedeutender Teil ihrer Kader bei der Spaltung von 1998/99 mit dem ehemaligen Chefideologen Bruno Mégret aus der Partei gegangen sind. Ein paar von ihnen sind inzwischen wiedergekommen, nachdem die Mégret-Gründung nach ein bis zwei Jahren ihren Misserfolg nicht mehr verbergen konnte. Aber ihre Strömung ist geschwächt, und inzwischen ihren ideologischen Widersachern zahlenmäßig anscheinend deutlich unterlegen.

Eine nicht unwesentliche Fraktion innerhalb der katholischen Ultrarechten sind die Franco-Anhänger, und nicht wenige von ihnen - aus Frankreich und aus Spanien - sind an den Bücherständen dieses Wochenendes vertreten. Es gibt sogar „Die 70 Tage der Belagerung von Alcazar", eine aus der Sicht der Franco-Soldaten geschilderte Schlacht im Spanischen Bürgerkrieg (1936-39), als Comicalbum für Jugendliche zu kaufen. Über dem Stand des „französisch-hispanischen Freundschaftszirkels" weht die Fahne des franquistischen Spaniens mit dem typischen Wappen. Wieder anderswo gibt es erbauliche historische Literatur zu kaufen. An einem Stand findet man etwa Werke von Robert Brasillach und Jacques Bainville. Der Erstgenannte, Dichter, Nazikollaborateur und verbal virulente Antisemit, wurde nach der Befreiung Frankreichs 1945 erschossen. Der Zweite war einer der Chefideologen der nationalistisch-monarchistischen Action française und hatte in der Anfangsphase hohe Funktionen beim Vichy-Regime inne. Ein rechtsextremer Kleinverlag wiederum bietet antisemitische Schriften aus den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts. Beispielsweise ein halbes Dutzend Bücher des damaligen prominenten Agitators Henri Rochefort, oder „20 Jahre Antisemitenbund" von Raphael Viou. Es gab damals wirklich eine Partei, die offiziell so hieß. Heute könnte man wohl kaum noch so schreiben wie jene Autoren damals, ohne im Gefängnis zu landen. Aber bei Schriften, die vor einhundert Jahren erschienen, kann man sich ja darauf herausreden, dass man nur historische Dokumente verlege. Im Übrigen können in diesem Fall die Autoren nicht belangt werden, da sie ausnahmslos unter der Erde liegen.

Dieudonné und Le Pen

Nicht unbrisant ist ein Ereignis am Samstag Nachmittag. Zwischen den Ständen taucht ein hoch gewachsener Schwarzer auf, den man nicht übersehen kann. Es handelt sich um den Komiker Dieudonné M'bala M'bala, den fast alle Franzosen nur unter seinem Künstlernamen kennen, der mit seinem Vornamen identisch ist. „ Dieudonné" war früher einmal eine Ikone des Antirassismus. 1997 hatte er, als Kandidat bei den Parlamentswahlen, den FN in dessen damaliger Hochburg herausgefordert: Dreux, einer Industriestadt 80 Kilometer westlich von Paris, wo die rechtsextreme Partei damals bis zu 40 Prozent der Stimmen erzielen konnte. Inzwischen ist ihr Anteil dort zurückgegangen. Aber seit nunmehr drei Jahren ist Dieudonné immer mehr in einen virulenten Antisemitismus abgedriftet. An diesem Samstag nun also tauchte er in Le Bourget auf und schüttelte Le Pen die Hand. Alsbald tauchten Journalisten der Nachrichtenagentur AFP auf, woraufhin Dieudonné den vorher an seinem Kragen angehefteten Anstecker zur Präsidentschaftswahl „Le Pen 2007" eilig abnahm. Er sei nur „zum Schauen da" meinte Dieudonné mit unschuldiger Miene, und das bedeute noch nicht, dass er zur Wahl des FN aufrufe. Es protestierten aber auch anwesende Anhänger der extremen Rechten gegen ihn: Man habe nicht vergessen, wie Dieudonné in Dreux den FN herausgefordert „und wie früher auf uns gespuckt hat", erregte sich eine Frau. „Wir brauchen diesen Neger nicht", kommentierte ein anderer. Le Pen zeigte sich daraufhin in seinen Kommentaren kurz angebunden. „Ich benötige ihn nicht, aber falls mir eine Stimme fehlen sollte, dann würde es mich freuen, wenn sie von Dieudonné kommt" erklärte er gegenüber AFP.

Le Pens Auftritt

Nun also endlich der große Auftritt des Chefs. Anderthalb Stunden lang redet der 78jährige, dessen Rede dieses Mal auch live durch die Infosender des Kabelfernsehens (LCI, LCP) übertragen wird. Le Pen, dessen Gesundheit schon wiederholt zu Spekulationen Anlass gab, wirkt körperlich in Form. Allerdings wissen Journalisten auch zu berichten, dass er sich davor extra zwei Stunden in einem Campingbus auf dem Gelände ausgeruht habe. Jean-Marie Le Pen malt die Grundzüge seines Präsidentschaftsprogramms für die Wahl im April 2007 aus. Aber zuvor muss er noch seine wahrscheinlichen Gegenkandidaten Nicolas Sarkozy und Ségolène Royal demolieren, was ihm so schwer nicht fällt. Bei Sarkozy genügt es ihm, auf tatsächliche Widersprüche in seinen Reden an unterschiedlichem Ort hinzuweisen: „Wirtschaftsliberal, Atlantiker und Anhänger des Kommunitarismus hier, National-Republikaner dort. Pudel in Washington (bei seinem Besuch im September 06), gallischer Hahn in Périgueux (bei seiner jüngsten Rede)". Die etablierten Parteien bezeichnet Le Pen systematisch als „casseurs", was so viel wie „Kaputtmacher", aber auch „Chaoten" bedeutet. Die Veränderungen der letzten 30 Jahre – Produktionsverlagerungen ins Ausland, Anstieg der Arbeitslosigkeit, soziale Probleme, Krise der Schule – interpretiert Le Pen allesamt als Anzeichen eines bewusst verfolgten Komplotts gegen die Nation.

Seine eigenen Vorschläge vermengen wirtschaftsliberale Rezepte (radikale Absenkung der Steuern, mit vier Flax Tax-Steuersätzen bei 0, 10, 15 und 10 Prozent, „Bürokratieabbau für Unternehmen") mit sozialen Versprechungen und einer Stärkung des Staates in seiner repressiven Rolle. Le Pen will die Richtergewerkschaften verbieten und 100.000 zusätzliche Gefängnisplätze eröffnen, derzeit gibt es in Frankreich insgesamt knapp 60.000. Und natürlich beschwört Le Pen die Nation, verstanden als eine Blutsgemeinschaft, in die einige bereits im Lande lebende Personen sich noch integrieren können, „wenn sie unsere Gesetze und unsere Traditionen respektieren", die aber auf jeden Fall keine Einwanderer mehr aufnehmen darf. Und deren gesellschaftliche Probleme, folgt man Le Pen, zum Großteil aus der bereits erfolgten Einwanderung resultierten.

„Der Franzose, selbst der Obdachlose, muss mehr Rechte haben als der Einwanderer, so brillant und sympathisch er auch sein mag." Denn die Franzosen seien „mehr als Bürger, wir sind Erben eines intellektuellen, kulturellen (...) Nationalerbes", das also demnach biologisch vererbbar zu sein scheint.

BhS, Le Bourget ■

„Weiter so" trotz tausender Toter?

BERLIN. „Schäuble ignoriert die Verantwortung der EU für tausende ertrunkene Flüchtlinge", erklärte Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, nachdem am Mittwoch, 8.11. Bundesinnenminister Schäuble im Innenausschuss die geplanten Schwerpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Bereich der Innenpolitik erläuterte.

Schätzungsweise 3.000 Flüchtlinge ertranken in diesem Jahr bereits vor der Küste Afrikas. Davor dürfe Europa die Augen nicht verschließen, so Innenminister Schäuble zu Beginn seiner Vorstellung. Aber die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen bestehen in einem schlichten „Weiter so". Dass die restriktive Migrations-, Visums- und Grenzkontrollpolitik der EU für die Toten im Mittelmeer verantwortlich ist, will Schäuble nicht sehen. Schließlich werden durch diese Politik MigrantInnen und Schutzsuchende auf immer gefährlichere Fluchtrouten gezwungen und in die Hände von „Schleppern" getrieben. Ohne deren Hilfe ist die Überwindung der EU-Außengrenzen kaum noch möglich.

Schlicht zynisch ist das Verständnis von der „Bekämpfung der Fluchtursachen": Eine „konsequente Rückführungspolitik" sei der beste Weg, Menschenhändler zu bekämpfen, so Schäuble. Denn humanitäre Bleiberechtsregelungen oder Legalisierungsmaßnahmen seien die eigentlichen Fluchtursachen.

Schäuble denkt sich die realen Verhältnisse in perfider Weise zurecht. Weltweite soziale und ökonomische Ungleichheiten, existenzielle Not, undemokratische Regime, Krieg und Vertreibungen sind die Ursachen für Flucht und Migration. Abschottung und Abschiebungen werden daran nichts ändern.

PM Ulla Jelpke, www.ulla-jelpke.de ■

Flüchtlinge demonstrierten in Hannover

HANNOVER. Gegen die Zustände im Zentralen Aufnahmelager der Ausländerbehörde Blankenburg (ZAAB) und die Flüchtlingspolitik des niedersächsischen Innenministers Uwe Schünemann (CDU) haben am Mittwoch, 25.10. rund 200 Flüchtlinge und Unterstützer lautstark mit einem Zug durch die Hannoveraner Innenstadt protestiert. Ein Sprecher des veranstaltenden Aktionsbündnisses „Hier geblieben" forderte, die Flüchtlinge sollten statt in Sammellagern untergebracht zu werden, auf die Kommunen verteilt werden. Bereits in der vergangenen Woche hatten Asylbewerber und Unterstützergruppen in Oldenburg für die Auflösung von Sammellagern für Flüchtlinge demonstriert. Die ZAAB selbst steht seit mehr als einer Woche unter „Polizeischutz". Anfang Oktober hatten dort Asylbewerber gegen das schlechte Lageressen und die misreable Unterkunft protestiert. Außerdem verlangten sie, Ärzte frei wählen und sich individuell verpflegen zu dürfen.

bee ■



Demonstration in Hannover am 25.10.2006

Flüchtlinge setzen Streik aus

BLANKENBURG. Die Vollversammlung der BewohnerInnen des Lagers Blankenburg und ihrer Unterstützer hat am 31.10.2006 die Aussetzung des Streiks beschlossen, gleichzeitig aber weitere Proteste angekündigt. Das heißt sowohl der Kantinenboykott als auch der Streik der Ein-Euro Jobs wird vorerst niedergelegt.

Dieser Streik, der über 4 Wochen geführt wurde, ist in der Geschichte des Widerstands gegen die repressive Asylpolitik in Deutschland und die damit zusammenhängende Lagerunterbringung einmalig. Er war umso bemerkenswerter als er trotz massiver Einschüchterung durch den Leiter der ZAAB Oldenburg Herr Lüttgau, mit nächtlichen Wohnungsdurchsuchungen, verstärkten Botschaftsvorführungen und der Umverteilung aktiver Streikenden in z.T. kleine Orte am Rande Niedersachsens, so lange und erfolgreich geführt wurde. Es wurde erreicht dass eine breite Öffentlichkeit über diese Politik informiert wurde. Der Skandal, sich über Jahre hinweg kein eigenes Essen zubereiten zu dürfen, und die unzureichende medizinische Versorgung standen im Mittelpunkt der Debatte.

Nachdem die Flüchtlinge ihren Protest in Hannover in den Landtag gebracht haben und sich auch in Oldenburg viele Verbände; Parteien und Gruppen gemeldet haben, soll mit der Aussetzung des Streiks die Möglichkeit geschaffen werden, die Zustände in der ZAAB Oldenburg konkret zu verändern, sowie die Unterbringung von Menschen in Lagern politisch zur Diskussion zu stellen.

Der Protest der Flüchtlinge wird auch in nächster Zeit nicht aufhören. Bereits am Mittwoch, 1.11. wurde aus Anlass der konstituierenden Sitzung des Oldenburger Stadtrates um 15 Uhr eine Kundgebung in der Oldenburger Innenstadt durchgeführt. Anschließend wurden die Ratsmitglieder der Stadt Oldenburg vor der Weser-Ems-Halle begrüßen.

Die Flüchtlinge rufen alle Institutionen, Parteien, Verbände, Vereinigungen und Einzelpersonen auf, jetzt gesellschaftlich und politisch Stellung zu beziehen. In den nächsten Wochen wird sich zeigen, ob die signalisierte Gesprächsbereitschaft ernst gemeint war oder nur als Mittel benutzt wurde, um die Beendigung des Streiks zu erreichen.

arbeitskreis asyl goettingen
Quelle: flucht mailing list - flucht@nds-fluerat.org ■

Shadow Reports 2005: Länderberichte über Rassismus in Europa

Das European Network against Racism (Europäisches Netzwerk gegen Rassismus, ENAR) ist ein Netzwerk von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) aus den EU-Mitgliedsstaaten. Neben vielen anderen Organisationen beteiligt sich u.a. auch der DGB Bundesvorstand, Bereich Migrations- und Antirassismuspolitik. Vor Kurzem hat ENAR 20 so genannte Shadow-Reports 2005 (etwa „kommentierte Begleitberichte") aus den jeweiligen europäischen Ländern veröffentlicht. Darin wird ein Überblick über politische und rechtliche Entwicklungen und Beispiele für Diskriminierung im Bereich der Beschäftigung, Wohnungspolitik, Bildung und Gesundheit aber auch über rassistische Gewalt gegeben. Ebenso wird über Ansätze der Mitgliedsstaaten zur Lösung dieser Probleme informiert.

Die Länderberichte findet man auf: www.enar-eu.org/en/publication/shadow_reports/index.shtml (englisch)

www.gelbehand.de/shadow-report-2005 ■

Bleiberecht jetzt!

16. November: Bundesweite Demo in Nürnberg während der Innenministerkonferenz. / Kundgebung: 16.30 Uhr an der Lorenzkirche, Demonstration: 17.30 Uhr zum Tagungsort der Innenministerkonferenz

Seit Jahren kämpft die bundesweite Kampagne „Hiergeblieben!“ gemeinsam mit vielen Organisationen, antirassistischen Gruppen und unzähligen lokalen Bündnissen für ein Bleiberecht der geduldeten Flüchtlinge und Migrant/innen in Deutschland. Nun ist es soweit: am 16. und 17. November werden in Nürnberg die Innenminister der Bundesländer und der Bundesinnenminister auf ihrer halbjährlichen Innenministerkonferenz über ein Bleiberecht für geduldete Ausländer und Ausländerinnen entscheiden. Jetzt geht es darum, eine Bleiberegelung durchzusetzen, die diesen Namen auch verdient. Und es geht darum, zu zeigen, dass der Kampf weitergeht, wenn die Regelung so schäbig ist, wie sich dies manche Innenminister vorstellen.

Zwei Fragen die mich stets prägten: seit wann ich hier lebe, was dann immer folgte war, wann ich wieder gehe. Microphone Mafia

Die Duldung ist nach der Definition des deutschen Aufenthaltsrechts eine „vorübergehende Aussetzung der Abschiebung“. Diese erhalten Menschen, die zwar keine Aufenthaltsgenehmigung haben, jedoch aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht abgeschoben werden können. Obwohl die Duldung nach ihrem Zweck und dem Gesetzeswortlaut nur einen vorübergehenden Zustand regeln soll, leben von den mehr als 190.000 geduldeten Menschen mehr als 150.000 seit mehr als fünf Jahren hier. Nicht selten sind es Aufenthaltszeiten von 10 bis 15 Jahren. Trotzdem müssen die Betroffenen jederzeit mit einer Abschiebung rechnen. Die Entwicklung längerfristiger Perspektiven ist nicht möglich und von der Politik auch nicht gewünscht.

Im Visier von Populisten, die sagen wir seien nicht integriert, das Ausländergesetz haben wir nicht selbst fabriziert. Microphone Mafia

Geduldete erhalten nur selten eine Arbeitserlaubnis und wenn, dann nur für die schlechtesten Jobs, mit denen eine Sicherung des Lebensunterhalts in der Regel nicht möglich ist. Sie erhalten aber auch keine Sozialhilfe und kein Kindergeld, sondern nur Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz – in Bayern heißt das Essenspakete, Lagerunterbringung und eingeschränkte medizinische Versorgung. Viele Menschen gehen daran kaputt. Die Entwicklung psychischer und körperlicher Krankheiten ist keine Seltenheit.

Bereits im Vorfeld der Konferenz haben sich die Minister in Position gebracht. Grundbedingung soll der sechsjährige Aufenthalt in Deutschland für Familien mit schulpflichtigen Kindern sein, für Alleinstehende, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Familien mit Kleinkindern sind sogar acht Jahre Aufenthalt in Deutschland im Gespräch. Hinzu kommt, dass ein Bleiberecht an die eigenständige Sicherung des Lebensunterhaltes geknüpft werden soll, obwohl die meisten Geduldeten einem faktischen Arbeitsverbot unterliegen, welches auch nach dem jetzigen Stand der Diskussion nicht ausreichend gelockert werden wird. Vorstrafen, wie etwa Verstöße gegen die Residenzpflicht, sind ein weiterer Ausschlussgrund, ebenso mangelnde Deutschkenntnisse oder eine negative „Integrationsprognose“. Letztlich sind aber solche Forderungen nach bereits erfolgter Integration ein Hohn: Denn die schlechten gesetzlichen Bedingungen für die Geduldeten zielen ja gerade darauf ab, auszugrenzen statt zu integrieren. Flüchtlinge aus dem Irak sollen pauschal von einer Bleiberechtsregelung ausgeschlossen werden. Optimistische Schätzungen gehen von lediglich 30.000 Menschen aus, die von einer solchen Regelung betroffen sein werden. Dies kann nicht Sinn eines Bleiberechts sein.

Ist dir das Antwort genug, oder brauchst du mehr Rechenschaft? Also frag dich lieber, warum die Polizei immer mehr Rechte hat. Microphone Mafia

Während mit immer neuen Gesetzesverschärfungen unsere Menschen- und Bürgerrechte beschnitten werden, während auf soziale Probleme immer mehr mit der Aufrüstung der Polizei oder dem Vorwurf mangelnder Integration reagiert wird, sagen wir: soziale Probleme lassen sich nicht durch Sündenböcke und Polizeiknüppel lösen. In einer Zeit, in der immer mehr Menschen in ungesicherte Lebens- und Arbeitsbedingungen gedrängt werden, ist es wichtig, gemeinsam und solidarisch für ein besseres Leben einzustehen, gerade und vor allem für die, die rechtlich am untersten Rand der Gesellschaft leben.

Wir rufen dazu auf, mit uns gemeinsam für eine Bleiberechtsregelung zu demonstrieren, die den hier lebenden Menschen einen gesicherten Status garantiert. Wir fordern schon jetzt einen sofortigen Abschiebestopp für alle Geduldeten bis zum Erlass der Bleiberegelung, damit sichergestellt ist, dass niemand abgeschoben wird, der unter die Bleiberegelung fallen könnte.

Und wir fordern ein Rückkehrrecht für diejenigen, die seit Beginn der Proteste abgeschoben wurden und die unter die Kriterien der Regelung fallen, weil die Verzögerungstaktik mancher Minister nicht aufgehen darf.

Gleiche Rechte für alle, die hier leben! Für ein Leben, das eine Perspektive bietet!

Bundesweites Bündnis für Bleiberecht ■

Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein fordert seriöse Regelung des Bleiberechts

Anlässlich der am 16./17. November 2006 tagenden Innenministerkonferenz der Länder hat sich das Bündnis Bleiberecht Schl.-Holstein an den eigenen Innenminister gewandt: „Wir rufen die schleswig-holsteinischen Bundes- und Landesparlamentarier auf, sich für eine seriös ausgestattete Bleiberechtsregelung einzusetzen, die niemand unter den Behördenschreibtisch fallen lässt!“ erklärt Martin Link vom Flüchtlingsrat als Sprecher des Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein. „In Zeiten wo es kaum einem Arbeitssuchenden gelingt, einen unbefristeten Arbeitsplatz zu ergattern, sollen nach einem mit den Bundesländern ausgehandelten Eckpunktepapier des BMI ausgerechnet die bis dato nur geduldeten Flüchtlinge einen Dauerarbeitsplatz nachweisen, bevor ihnen ein Bleiberecht eingeräumt wird. Wohl gemerkt: Es geht um Menschen, die sie seit vielen Jahren per Gesetz und Verordnung systematisch aus dem Arbeitsmarkt herausgedrängt und in amtlich verfügter Zwangsabhängigkeit von der Öffentlichen Hand gehalten worden sind. (...) Das Bündnis fordert die ParlamentarierInnen zur Einflussnahme auf die Innenministerien des Bundes und der Länder auf. Die im Kriterienkatalog des Bündnisses Bleiberecht enthaltene Dokumentation zahlreicher schleswig-holsteinischer Einzelfälle belegt eindrucksvoll den dringenden Bedarf an einer ernst gemeinten und für alle Betroffenen zukunftsweisenden Regelung.

Das Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein wird vom Flüchtlingsrat koordiniert und setzt sich seit 2002 für eine großzügige Bleiberechtsregelung für aufenthaltsrechtlich nur „geduldete“ Flüchtlinge ein. Zum Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein gehören über 40 Organisationen, u.a. aus Kirche, Gewerkschaften, Verbänden, Bildungsinstitutionen und Migrationsfachstellen.

www.hiergeblieben.info ■

Dringende Bitte um Spenden für Kirchenasyl

THÜRINGEN. Seit rund 14 Monaten lebt eine vierköpfige kurdische Familie im Kirchenasyl in der Erfurter Lutherkirche. Das bedeutet – neben der enormen persönlichen und familiären Belastung und der ständigen Angst vor Abschiebung- das Angewiesensein auf private Spenden, da die Familie während des Kirchenasyls keine staatlichen Leistungen erhält. Kosten entstehen vor allem für Lebensmittel, Rechtsanwaltskosten, Telefon, Medikamente und EVAG- Schülertickets. Vor allem die Kinder brauchen gerade jetzt auch neue Kleidung für den Winter. Gespendet werden kann auf das Konto des Gemeindekirchenrats, BLZ 820 510 00, Kto. 60 00 999 11, Kreditinstitut: Sparkasse Mittelthüringen, Verwendungszweck:Kirchenasy.

Es besteht auch die Möglichkeit, eine Patenschaft über Kosten zu übernehmen, die regelmäßig jeden Monat entstehen. Es können auch Teilbeträge zu den einzelnen Positionen gespendet werden. Es werden Personen gesucht, die folgende Kosten (anteilig) übernehmen: - Rechtsanwaltskosten: 50 Euro, - Telefon: 35 Euro, - Strom/Gas/Wasser/Abwasser: 50,- Euro, - Schüler-Monatskarte EVAG für 1. Kind: 30,- Euro.

Zum Hintergrund: Seit Anfang August 2005 befindet sich die in Erfurt lebende und von Abschiebung bedrohte kurdische Familie Sönmez in einer Kirchgemeinde Erfurts im Kirchenasyl. Familie Sönmez lebt seit vielen Jahren in Erfurt, Herr Sönmez seit 1994, Frau Sönmez und ein mittlerweile 16-jähriger Sohn seit 1996. 1997 wurde der zweite Sohn der Familie in Erfurt geboren. Die Familie ist akut von Abschiebung in die Türkei bedroht, nachdem ihr Aufenthaltsersuchen abgelehnt wurde. Den Behörden galt es nicht als ausreichende Härte, dass die vierköpfige Familie seit 12 bzw. 10 Jahren in Deutschland lebt und alle Familienmitglieder längst ihren Lebensmittelpunkt in Erfurt gefunden haben. Der Familie droht politische Verfolgung in der Türkei. Gemeinsam mit zahlreichen UnterstützerInnen kämpft Familie Sönmez seit nun mehr über einem Jahr um die Gewährung eines Bleiberechts (Aufenthaltserlaubnis). Während des Kirchenasyls gehen die Verhandlungen mit den Behörden weiter. Ziel ist die Gewährung eines Bleiberechtes für Familie Sönmez

Nähere Informationen über die Ausländerbeauftragte des Ev. Kirchenkreises, info@auslaenderberatung-erfurt.de ■

Antirassismus-Zeitung der IG Metall Jugend

Wir können auch anders – so heißt die Kampagne der IG Metall, mit der sie für eine gerechte und soziale Lösung gesellschaftlicher Probleme wirbt. In diesem Rahmen ist nun die Zeitung „Rassismus in Deutschland. In was für einem Land leben wir eigentlich?“ erschienen.

„Wir nehmen das Thema Rechtsextremismus und Rassismus sehr ernst“, betont Samuel Futuwi vom IG Metall Vorstand Ressort Jugendarbeit und -politik. „Uns war es wichtig, dass wir nicht allein beim Abfassen einer Petition stehen bleiben, sondern das wir Jugendliche informieren und dazu motivieren, in ihrem



alltäglichen Leben und Arbeiten aktiv zu werden.“ In der Zeitung finden sich kurze Beiträge und unterschiedliche Artikel zu rassistischer Gewalt, zu Migration und Integration. Ferdinand Zaimoglu beispielsweise erzählt seine kleine Geschichte der Auswanderung, Cornelius Yufanyi aus Kamerun berichtet über die Ungleichbehandlung von Flüchtlingen am Beispiel der Residenzpflicht. „Es geht aber nicht nur um Rassismus, sondern auch um alltägliche Diskriminierung“, so Futuwi. Deutlich wird dies beim Meister-BAFÖG, für das Ausländer – im Gegensatz zu Deutschen und EU-Bürgern – erst drei Jahre sozialversicherungspflichtig arbeiten müssen.

Neben vielen anderen Beiträgen, die speziell Jugendliche ansprechen sollen, werden Möglichkeiten aufgezeigt, sich zum Thema rechte Musik zu informieren und dem etwas entgegenzusetzen. Die IG Metall Jugend geht mit gutem Beispiel voran und unterstützt die DVD „Kein Bock auf Nazis“. Sie ist voll gepackt mit Statements von Bands wie Die Ärzte, Die Toten Hosen, ZSK oder Muff Potter was man gegen Nazis tun kann und stellt verschiedene Projekte vor, die sich gegen Rechts engagieren.

Sie kann heruntergeladen werden unter: **www.keinbockaufnazis.de**

Quelle: „Aktiv+Gleichberechtigt“ Oktober 2006 ■

Kölner Friedensverpflichtung

KÖLN. Am 29.10. kamen 250 Gäste ins Rathaus in Köln, um der „Erklärung der Kölner Religionen“ beizuwohnen. 2004 hatten sich Vertreter der islamischen, jüdischen und christlichen Gemeinden zu einem Projekt zusammengefunden unter dem Titel „Weißt Du wer ich bin?“, um für ein friedliches Miteinander zu werben. Wir dokumentieren die Erklärung.

„Täglich werden zahllose Menschen Opfer von Fanatismus, Krieg und terroristischen Anschlägen. Menschen werden getötet, misshandelt und entwürdigt. Religion wird immer wieder für die Anwendung von Terror instrumentalisiert und missbraucht. Die Gewalt und der Hass, der Terror und die Kriege in der Welt erschüttern uns und fordern uns zur Besinnung und zum Handeln heraus.

Als jüdische, christliche und muslimische Frauen und Männer erklären wir, dass Gewalt und Terror um Gottes Willen nicht sein dürfen und dem authentischen Geist unserer Religionen widersprechen. Unsere Religionen zielen auf ein friedliches und konstruktives Zusammenleben aller Menschen gleich welcher Religionszugehörigkeit. Für uns gilt unverrückbar: Die Würde eines jeden Menschen ist unantastbar: die Würde eines jeden Kindes, jeder Frau und jedes Mannes.

Als Religionsgemeinschaften verpflichten wir uns:

• jeder Verhetzung und Erniedrigung von Menschen entgegenzutreten
• für ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionen, Kulturen und ethnischer Gruppen einzutreten und Menschen zusammenzuführen, die bislang den Kontakt zu anderen gescheut haben,
• den anderen zuzuhören und die Ängste der anderen ebenso wahrzunehmen wie die eigenen,
• unseren Beitrag für eine Gesellschaft zu leisten, die nicht nur durch Toleranz, sondern von Respekt und Achtung geprägt ist,
• eine Gesellschaft mitzugestalten, in der alle Religionsgemeinschaften, die sich für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen, ihren unumstrittenen Platz haben,
• in der Erziehung zum Abbau von Vorurteilen und zu gegenseitigem Verständnis zu wirken,
• zur Verständigung, zur Begegnung und zu einem Dialog der Religionen, der Gemeinsamkeiten entdecken hilft und Verschiedenheiten achtet.

Mit unserer ganzen Kraft wollen wir dazu beitragen, dass Hass und Gewalt überwunden werden und Menschen in unserer Stadt Köln und überall auf der Welt in Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit und Freiheit leben können.

Gemeinschaften und Initiativen ebenso wie einzelne Personen jeden Glaubens und jeder Weltanschauung laden wir ein, sich dieser Verpflichtung anzuschließen und in ihrem Sinne zu wirken.“

Erstunterzeichner im Historischen Rathaus Köln am 29.10.2006 waren die Synagogen-Gemeinde Köln, das Katholische Stadtdekanat Köln, der Katholikenausschuss der Stadt Köln, der Evangelische Kirchenverband Köln und Region, die Türkisch-islamische Union Köln /DITIB, die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen Köln sowie Oberbürgermeister Schramma. ■

Am 25./26. Oktober fand in Berlin die Herbstkonferenz der Ausländer-, Integrations- und Migrationsbeauftragten der Länder (im Weiteren: Integrationsbeauftragte) statt. Schwerpunkte der Diskussion waren die Bewertung der integrationspolitischen Aktivitäten der Bundesregierung nach dem Integrationsgipfel und die geplante Bleiberechtsregelung.

Erklärung der Integrationsbeauftragten der Bundesländer - u.a. zur Bleiberechtsregelung sowie zur Arbeitserlaubniserteilung für Geduldete 31.10.2006

Herbstkonferenz der Integrationsbeauftragten

Nationaler Integrationsplan und Aufenthaltsgesetz

Die Integrationsbeauftragten begrüßen den durch die Bundesregierung mit dem Integrationsgipfel angestoßenen Prozess, der in einem Nationalen Integrationsplan münden soll. Die Beauftragten fordern, dass die bisher unterschiedlichen integrationspolitischen Aktivitäten der Bundesregierung miteinander verzahnt werden. Hier sind besonders zu erwähnen:

• Der parallel laufende Gesetzgebungsprozess zur Novellierung des Aufenthaltsgesetzes schafft wichtige Rahmenbedingungen für die Integrationspolitik. Zu nennen sind hier insbesondere Fragen aufenthaltsrechtlicher Verfestigungen sowie des Zugangs zum Arbeitsmarkt. Eine Abstimmung der Arbeit der AGs des Integrationsgipfels mit dem Gesetzgebungsverfahren muss sichergestellt sein.

• Die parallele Erarbeitung von nationalem Integrationsplan und bundesweitem Integrationsprogramm durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nach § 45 Aufenthaltsgesetz.

• Die Beauftragten unterstreichen, dass es vor allem die Länder sind, die Integrationspolitik umzusetzen und zu finanzieren haben. Auch aus diesem Grund dringen sie im Interesse effizienter Ressourcennutzung auf eine Verzahnung der einzelnen Prozesse. Die Beauftragtenrunde wird entsprechende Vorschläge zur besseren Abstimmung der Integrationsbeauftragten des Bundes schriftlich mitteilen. (…)

Ausbildung und Arbeitsmarkt

... Gleiche Chancen in Bildung, Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt bilden den zentralen Anker für die Integration von Migrantinnen und Migranten. Die Chancen, die in der Zuwanderung liegen, dürfen nicht durch Benachteiligungen und Ausgrenzung verspielt werden. In diesem Zusammenhang ist es entscheidend, dass der Übergang von der Schule in eine Ausbildung und in den Beruf gelingt. Also sind Investitionen in ein verbessertes Übergangsmanagement vordringlich. Dazu zählt zunächst die Zusammenarbeit von Schulen, Berufsschulen, Bundesagentur für Arbeit und Kammern. Hier sind in den letzten Jahren zum Teil ermutigende Erfahrungen mit innovativen Netzwerken gemacht worden, die es auszubauen und abzusichern gilt: zum Beispiel das in Hamburg entwickelte und mittlerweile von anderen Ländern übernommene Modell der Zusammenarbeit von Hauptschulen, Bundesagentur für Arbeit und Wirtschaft; die „Beruflichen Qualifizierungsnetzwerke für Migrantinnen und Migranten" (BQN) und das Netzwerk „Integration durch Qualifizierung" (IQ). Auch die in einigen Bundesländern geförderte Verbundausbildung schätzen die Ausländer-, Integrations- und Migrationsbeauftragten als ein weiter auszubauendes Modell ein.

Angesichts der nicht ausreichend angebotenen betrieblichen Ausbildungsplätze sind zudem überbetriebliche Ausbildungsgänge in das Übergangsmanagement einzubeziehen. Die Absolventen/innen solcher Ausbildungsgänge hatten in den letzten Jahren stets schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als junge Menschen, die ihre Ausbildung in einem Betrieb machen konnten. Daher ist die Qualität der überbetrieblichen Ausbildungsgänge, die weiterhin erforderlich sein werden, zu überprüfen/evaluieren und zu verbessern. Die Ausländer-, Integrations- und Migrationsbeauftragten unterstreichen, dass in solchen Ausbildungsgängen der Anteil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund zwar überdurchschnittlich hoch ist, eine Verbesserung dieser Ausbildungsgänge aber allen Absolventen/innen zugute kommen wird.

Hinsichtlich der Beschäftigungsförderung älterer Migranten kommt vorrangige Bedeutung den Maßnahmen der betrieblichen Fort- und Weiterbildung zu, in denen Migranten/innen bislang durchgängig unterrepräsentiert sind. Die stärkere Beteiligung von Migranten/innen in solchen Maßnahmen ist auch deshalb erforderlich, weil in Folge des Strukturwandels der Wirtschaft Migrantinnen und Migranten vom Wegfall gering qualifizierter Arbeitsplätze besonders betroffen sind.

Zudem setzen sich die Beauftragten für eine verstärkte Verzahnung zwischen Integrationskursen und Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung ein. Sie fordern eine bessere Abstimmung und Nutzung der Möglichkeiten des Zuwanderungsgesetzes (Integrationskurse) mit dem Instrumentarium des SGB II und III, das die berufsbezogene Sprachförderung einschließt. Im Herkunftsland erworbene Qualifikationen sind unbürokratisch anzuerkennen.

Die Ausländer-, Integrations- und Migrationsbeauftragten der Länder halten zusätzliche Anstrengungen für erforderlich, um Vorbehalten und Berührungsängsten bei Unternehmern/innen und Personalverantwortlichen zu begegnen. Die Beauftragten fordern in diesem Zusammenhang insbesondere die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen zu verstärkten Anstrengungen zur interkulturellen Öffnung auf. Hierbei geht es vorrangig um Beratungs- und Qualifizierungsangebote für Mitarbeiter/innen von Jobcentern und Arbeitsagenturen, damit sie die Zielgruppe der Migranten/innen besser beraten und fördern können. In diesem Zusammenhang sind die Potenziale von Migranten/innen zu verdeutlichen.

Eine Voraussetzung für die Integration in den Arbeitsmarkt ist ein sicherer Aufenthaltsstatus, verbunden mit einer Beschäftigungserlaubnis. In diesem Zusammenhang begrüßen die Ausländer-, Integrations- und Migrationsbeauftragten die Forderung des Vorstandsmitglieds der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt, dass man bei der Zulassung von jahrelang geduldeten Migranten zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt „bis an die Grenze der Rechtsinterpretation" gehen sollte.

Bleiberechtsregelung

... Die Beauftragten erwarten, dass eine Regelung gefunden werden muss, die einem großen Teil der Personengruppe einen gesicherten Aufenthaltstitel vermittelt. Der Aufenthaltstitel muss den vollwertigen Zugang zu Ausbildung, Studium, Arbeitsmarkt und Integrationsfördermaßnahmen sicherstellen. Angehörige bestimmter Herkunftsländer dürfen nicht von der Anwendung der Regelung ausgeschlossen werden. *Quelle: flucht mailing list - flucht@nds-fluerat.org* ■

Grenzcampteilnehmer klagen gegen Räumung

Köln. Das 6. antirassistische Grenzcamp 2003 in Köln, das ja von der Polizei geräumt worden war, wird nun juristisch aufgearbeitet. Vier CampteilnehmerInnen haben mit Hilfe der CampSoliGruppe, zu der auch der Ermittlungsausschuss (EA) Köln gehört, gegen die Einkesselung, Räumung und ED-Behandlung des Camps und die Gewahrsamnahme und Verbringung der TeilnehmerInnen in die Gefangenensammelstelle nach Brühl geklagt. Nun findet die mündliche Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Köln statt. Die Verhandlung ist öffentlich und es sind alle aufgerufen, als ZuschauerInnen dabei zu sein.Sie beginnt am 16. November um 9.30 Uhr beim Verwaltungsgericht Köln am Appellhofplatz.Kommt alle und seid dabei. Wir und die KlägerInnen freuen uns auf möglichst viele Leute. *EA-Köln* ■



18./19. November, Tübingen
IMI-Kongress: „Staat im Krieg – Krieg im Staat: Wie der neue Kolonialismus den Krieg nach Hause bringt".
Alten- und Begegnungsstätte Hirsch, Hirschgasse 9,Tübingen.
Mit dem diesjährigen Kongress hat sich die Informationsstelle Militarisierung e.V. zum Ziel gesetzt, Ursachen, Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen der Expansion des Militärischen in der Außen- und Innenpolitik zu analysieren. Dabei soll aufgezeigt werden, welche Auswirkungen der zunehmend militärisch abgesicherte Ausschluss großer Teile der (Welt)Bevölkerung von politischen Entscheidungen, Rechten und gesellschaftlich produziertem Wohlstand hat. Diese Entwicklungen führen zu einem uferlosen äußeren Militarismus, ja sogar einer Wiederkehr kolonialer Ausbeutungs- und Hierarchiestrukturen. Hiermit wird die Welt in einen permanenten Ausnahme- und Kriegszustand versetzt, der wiederum die innere Verfasstheit der kriegführenden Staaten ändert.
Anmeldung ist nicht erforderlich. Infos unter. www.imi-online.de

29. November, Berlin:
Wider die Tolerierung faschistischer Umtriebe.
Die Konferenz beschäftigt sich mit dem Verhältnis von deutschem Staat und Neofaschismus. Kompetente Referentinnen und Referenten setzen sich kritisch mit ausgewählten Aspekten staat-lichen Handelns und der zugrunde liegenden politischen Haltung auseinander. Mit
• Dr. Ralf Feldmann (Richter am Bochumer Amtsgericht, angefragt): „Aktuelle juristische Probleme der Auseinandersetzung mit Neofaschismus"
• Dr. Rolf Gössner (Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte): „Das Dilemma der ‚wehrhaften Demokratie' am Beispiel Verfassungsschutz und NPDVerbotsverfahren"
• Brigitte Pothmer (MdB Bündnis 90/Die Grünen): „Parlamentarische Initiativen gegen Rechts"
• Dr. Ulrich Schneider (Bundessprecher VVN-BdA): „Die staatliche Variante des Geschichtsrevisionismus"
• Frank Brendle (wissenschaftlicher Mitarbeiter von Ulla Jelpke): „Traditions- und politisches Selbstverständnis der Bundeswehr"
• Bernhard Müller (Redakteur der Zeitschrift „Sozialismus"): „Der Staatsumbau und seine ideologischen Folgen"
13 bis 18 Uhr, ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin.Eintritt: 5/3 Euro. Veranstalter: VVN-BdA, DRAFD, KFSR und Lagergemeinschaften, Rosa-Luxemburg-Stiftung

18.11.2006 in Köln: Workshop „Aktivitäten gegen Rechts" – Teilnahme noch möglich
Es gibt viele Beispiele für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung in der Arbeitswelt. Aber: Es gibt auch viele gute Ideen, wie man an Berufsschulen und Betrieben dagegen aktiv werden kann. Nur oftmals sind sie noch wenig bekannt. Der Workshop soll dazu beitragen, dies zu ändern.
• Was macht eine erfolgreiche Interventions- und Präventionsarbeit in Schule und Betrieb aus?
• Wie kann die Arbeit gegen Rechts mit der Förderung der Gleichberechtigung von Menschen mit Migrationshintergrund in der Arbeitswelt verknüpft werden?
• Wie kann die Integration und Partizipation von Auszubildenden und Beschäftigten nicht-deutscher Herkunft gelingen?
• Welche Projekte können im Unterricht und in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Alltagspraxis durchgeführt werden?
• Welche Erfahrungen gibt es in anderen Schulen, Unternehmen und Verwaltungen?
Diese und andere Fragen sollen in dem Workshop geklärt werden. Praxis- und handlungsorientiert werden Möglichkeiten, selbst aktiv zu werden anhand von Beispielen diskutiert. Dazu stehen zwei Praktiker aus der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zur Verfügung.
Der Workshop findet statt am Samstag, 18.11.2006, 11-15 Uhr im Gewerkschaftshaus Köln, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln. Noch sind Plätze frei – anmelden können Sie sich schriftlich, per Fax oder per E-Mail unter info@gelbehand.de
Für Rückfragen und weitere Informationen wenden Sie sich an: Jetti Gallego, „Mach meinen Kumpel nicht an!" e.V., Tel.: 0211 - 4301 193, Fax: 0211 - 4301 134, E-Mail: info@gelbehand.de

Neue Ausgabe von „informationen" (Nr. 64)



Die aktuelle Ausgabe der seit 30 Jahren vom „Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945" herausgegebenen Fachzeitschrift widmet sich mit seinem Schwerpunktthema dem „Widerstand in Europa (II)" und setzt damit den im vergangenen Heft angefangenen Themenschwerpunkt fort. Deutlich wird die Vielfältigkeit des europäischen Widerstandes unter besonderer Berücksichtigung von Griechenland, Italien, Jugoslawien und der Schweiz. So berichtet der griechische Widerstandskämpfer Manolis Glesos über die deutsche Okkupation in Griechenland und den griechischen Widerstand. Die Aktivitäten der „Centrale Sanitaire Suisse" (CSS) in Jugoslawien werden von Gerhard Baader dokumentiert. Fluchtwege und Fluchthelfer am Bodensee und Hochrhein sowie die Schweizer Flüchtlingspolitik sind das Thema des Beitrags von Arnulf Moser. Zwei weitere Beiträge analysieren den Widerstand in Italien: Während sich Ingrid Schäfer mit der Rolle der Frauen während der Zeit der deutschen Besatzung beschäftigt, berichtet die Partisanin und Jüdin Liana Millu über ihre Erfahrungen im italienischen Widerstand. Wie vielseitig das europäische Engagement gegen den Faschismus und die deutsche Besatzung war und welche Motive diesem Widerstand zugrunde lagen, verdeutlichen aber auch die Gedichte und letzten Briefe aus dem europäischen Widerstand, die als Gestaltungselement das Heft durchziehen.
Das Heft Nr. 64 wird mit den Beiträgen über das neue Museum des deportierten Widerstandskämpfers in Natzweiler/Elsaß, über die Selektion jüdischer GIs im Kriegsgefangenenlager Bad Orb und über das 1933 herausgegebene Braunbuch zum Reichtagsbrand abgerundet.
Preis: 5,50 Euro zuzüglich Porto, zu beziehen beim: Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945, Rosserstr. 9, 60323 Frankfurt a.M., Tel.: 069/72 15 75, Mail: kontakt@studienkreis-widerstand-1933-45.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.
Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Spendenaufruf:
2000 Euro bis Jahresende für die Antifaschistischen Nachrichten

Die ersten Spenden sind bereits eingetroffen. Bis zum 10. November 2006 waren es

496,10 Euro

Vielen Dank allen Spenderinnen und Spendern!
Spendenkonto: GNN-Verlag Postbank Köln, BLZ 370 100 50 Kto. 10419507
Stichwort: Spende Antifa-Nachrichten

Stehen die Türken vor Berlin?

Junge Freiheit Nr. 41/06 vom 6.10.2006

Der sogenannte „Kampf der Kulturen“ ist ein Schwerpunkt dieser Ausgabe. Und *Alexander Griesbach* warnt unter der Überschrift „Die dritte muslimische Expansion“ vor dem EU-Beitritt der Türkei: „Die Türkei wird 2020 im übrigen vorausgesetzt, sie ist bis dahin Mitglied der EU – das bevölkerungsstärkste EU-Mitglied sein, und zwar mit einer nahezu geschlossenen islamischen Bevölkerung. Was das für den vielbeschworenen inneren Frieden in Deutschland heißt, darüber kann heute nur gemutmaßt werden. Wir sehen heute die ersten Anzeichen dafür, dass sich die deutsche Ausländerpolitik, die immer unter ideologischen Prämissen betrieben wurde, zu rächen beginnt ... Möglicherweise ist nämlich das, was heute als Ausdruck des „Kampfes der Kulturen“ oder auch als „Renaissance des religiösen Gefühls“ apostrophiert wird, nur eine Art müdes Präludium für das, was Europa und auch Deutschland noch bevorsteht.“ Das sind viele düstere Mutmaßungen – wird die türkische Bevölkerung ganz Europa überrollen und Berlin übernehmen und die Türkei bevölkerungslos werden? Warum? Waren die Anwerbemaßnahmen der bundesdeutschen Kapitalisten in der Türkei in den sechziger Jahren „ideologisch“ bestimmt oder nicht doch rein wirtschaftlich begründet und auch darauf gerichtet, die Gewerkschaften in der Bundesrepublik zu schwächen? Das von Wirtschaft und Politik angestrebte Rotationsprinzip hat sich nicht durchsetzen lassen, die türkischen Kolleginnen und Kollegen sind Mitglied der Gewerkschaften geworden, statt als Streikbrecher aufzutreten. Und der „Kampf der Kulturen“ wird vor allem von denen geführt, die eine „deutsche Leitkultur“ wollen.

Im Aufmacher-Artikel stellt *Karlheinz Weissmann* fest, dass sich rechtskonservative Argumente wieder einfacher veröffentlichen lassen: „Tatsächlich ist der Unmut über Denk- und Sprechverbote gewachsen. In Zeitungen und Zeitschriften, aber auch in Fernsehen, Radio und Internet werden mittlerweile Positionen zur Leistungsfähigkeit der Politischen Klasse, zur nationalen Identität, zur Vergangenheitsbewältigung, zur Demographie oder zur Zuwanderung vertreten, die vor kurzem noch undenkbar waren.“

Wird die CDU sozialdemokratisch?

Junge Freiheit Nr. 43/06 vom 20.10.2006

Der Journalist und ehemalige Mitherausgeber der FAZ *Hugo Müller-Vogg*, gibt dem Blatt ein Interview zur Situation der CDU – und vertritt die Auffassung, die CDU verlasse ihre Grundsätze und unterwerfe sich immer mehr den Anforderungen der SPD. Damit aber vergraule sie ihre konservativen Stammwähler: „Der eklatanteste Paradigmenwechsel auf diesem Feld (Gesellschaftspolitik, d. Red.) ist neben dem Antidiskriminierungsgesetz das Erziehungsgeld. Bürgerliche Position war es immer, der Staat habe sich aus der Familie herauszuhalten. Jetzt aber gibt es sogar eine Prämie, wenn Papa die Windeln wechselt. Es geht mir nicht darum, dass Männer nicht zu Hause bleiben und sich um ihre Kinder kümmern sollen. Aber das müssen sie selbst zusammen mit ihren Frauen entscheiden. Unter einer CDU-Kanzlerin wird jedoch erstmals politisch korrektes Verhalten vom Staat finanziell belohnt, macht sich also der Fiskus im Kinderzimmer breit.“ Das konservative Lager hat noch keine einheitliche Antwort auf die Veränderungen in der Gesellschaft. Die Leitkultur ist noch immer bestimmt vom verdienenden Familienvater und der Hausfrau, die die Familie hütet.

Prozess gegen Holocaust-Leugner

Junge Freiheit Nr. 46/06 vom 10.11.2006

Am 14. November beginnt vor dem Landgericht Mannheim der Prozess gegen den Chemiker Germar Rudolf. Rudolf hatte 1992 ein sogenanntes Gutachten erstellt, mit dem er nachweisen wollte, dass die Vergasungen in Auschwitz-Birkenau nicht stattgefunden haben – die Menge des von ihm gefundenen Zyklon B sei viel zu gering. Er hatte sich nach dem ersten Prozess der verhängten 14-monatigen Haftstrafe durch Flucht nach Spanien und in die USA entzogen, die ihn im November 2005 auslieferten. Das Blatt nimmt den Prozess zum Anlass, um über Sinn und Zweck des § 130 StGB (Volksverhetzung) zu sinnieren. Rudolf war damals beim Max-Planck-Institut beschäftigt. Die staatliche Verfolgung habe im Falle Rudolf zur „Asozialisierung des Delinquenten“ geführt, titelt das Blatt. „Polizeilicher und juristischer Verfolgungsdruck sind eine psychische Belastung und ein gesellschaftliches Stigma für den Betroffenen, erst recht, wenn er durch mehrere Hausdurchsuchungen öffentlich wird. In diesem Fall steigerten die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten diesen Zustand bis zum gesellschaftlichen und sozialen Tod, der einem Menschen eigentlich nur noch übrig lässt, ihn durch eigene Hand physisch zu besiegeln.“ Das hat Rudolf aber nicht getan – er war in der Bundesrepublik verheiratet und hat zwei Kinder, nach seiner Flucht in die USA lebte er mit einer Amerikanerin zusammen, mit der er ebenfalls ein gemeinsames Kind hat. Das spricht nicht für „gesellschaftlichen und sozialen Tod“. Der Autor *Thorsten Hinz* kommt zu dem Schluss, der § 130 öffne der Willkür Tür und Tor: „Wer gegen ihn verstößt, hat, wie wir sehen, mit dramatischen Folgen zu rechnen. Daraus lässt sich schließen, dass die Bedeutung und Symbolik der im Paragraf 130 umrissenen ‚Handlungen‘ als entsprechend wichtig für die geistig-politische Verfassung und Stabilität des Gemeinwesens angesehen werden. Den Inhabern der Deutungshoheit über sie wächst als Tabuwächtern eine priesterliche und zugleich politische Macht zu, die kaum kontrollier- und begrenzbar ist ... Furcht, Zensur und Selbstzensur durchziehen die Sprache, das Denken und Handeln.“ Hinz vergisst offenbar, dass der § 130 in einem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren geschaffen wurde und Polizei und Staatsanwaltschaft verpflichtet sind, zu ermitteln – und zwar in einem demokratisch kontrollierten Staat, der Verstöße gegen das Strafgesetzbuch ahndet. Das Leugnen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das Leugnen von Völkermord ist ein solcher Verstoß, der geahndet werden muss – alles andere schafft nur Freiraum für die erneute Vorbereitung solcher Verbrechen. *uld* ■